

# offen-siv

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**5/2015**

---

**Spendenempfehlung: 3,00 €**

## **Ausgabe September-Oktober 2015**

Redaktionsnotiz.....	3
Nachrichten und Berichte.....	6
<i>Sergei Kirichuk</i> : NATO wünscht mehr Einfluss in der Ukraine.....	6
<i>Brigitte Queck</i> : Interview mit Oleg Musyka, einem der Überlebenden des Anschlags auf das Gewerkschaftshaus von Odessa am 2. Mai 2014...	7
<i>Wladimir Putin</i> : Über die Resultate der Gipfeltreffen von BRICS- und Schanghai-Staaten in Ufa.....	11
<i>Monika Fritz</i> : Solidaritätskampagne für Alexander Dorin.....	16

<i>Verein „Unentdecktes Land“, Johannes Oehme: Kundgebung am 3. Oktober 2015 gegen das volksgemeinschaftliche „Einheits“-gefeiere.....</i>	18
<i>55 Kommunistische Parteien: Gemeinsame Solidaritätserklärung mit der KKE.....</i>	18
Syrien.....	20
<i>Bashar al-Assad: Interview mit dem französischen Sender France 2.....</i>	20
Lenin über die Vereinigten Staaten von Europa.....	30
<i>Karsten Schönsee: Vorbemerkung.....</i>	30
<i>W.I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa.....</i>	31
Die DKP zu Grover Furr.....	34
Vorbemerkung der Redaktion.....	34
<i>Klaus Stein: Log Chruschtschow?.....</i>	34
<i>Michael Krenz: Wenn du geschwiegen hättest... ..</i>	37
Zur Geschichte des Sozialismus.....	42
<i>Bill Bland: Stalin - der Mythos und die Wirklichkeit (Übersetzung ins Deutsche von Dennis Simon).....</i>	42
Über Gerhard Feldbauer Buch "Die Augustrevolution 1945 in Vietnam".....	48
<i>Heinz W. Hammer: Von Vietnam lernen – Eine wertvolle Lektüre.....</i>	48
<i>Kurt Gossweiler: Danke.....</i>	51

## **Impressum**

### **offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: [redaktion@offen-siv.com](mailto:redaktion@offen-siv.com), Internet: [www.offen-siv.net](http://www.offen-siv.net)

#### Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

## Redaktionsnotiz

Griechenland ist ein aktuelles und beispielhaftes Fanal für das Scheitern des Sozialreformismus. Da wollte eine griechische Regierung - wohlgermerkt innerhalb der EU, der NATO und des Euro - die Bedingungen der so genannten Troika nicht einfach so akzeptieren, sondern sie, was die Lasten für die so genannten „kleinen Leute“ angeht, ein wenig weniger brutal gestalten. Diese „kleinen Leute“ hatten sie dafür gewählt und ihr vertraut. Aber was ist geschehen? Das Gegenteil des Versprochenen. Die Lasten werden schwerer, die Souveränität Griechenlands wird noch weiter eingeschränkt, die Regierung zerfällt. Nach dem Rücktritt des bisherigen Regierungschefs Tsipras scheiterten mehrere Versuche einer neuen Regierungsbildung. Es wird sehr wahrscheinlich noch im September Neuwahlen geben (Stand 25.8.15).

Syrizas Wahlerfolge, Tsipras' Ankündigungen und die Regierungsbildung weckten Hoffnungen (die illusionär waren, was man auch damals schon hätte wissen können, siehe z.B. die KKE oder auch die offen-siv). Was wurde damals alles zusammenfantasiert: Nicht nur Regierungswechsel, sondern ein Politikwechsel stände bevor, das würde ausstrahlen auf andere EU-Länder, das sei wohlmöglich der Beginn der Demokratisierung der EU, eine neue Epoche der europäischen Einheit usw.usf. Wir hatten hingegen vorausgesagt, dass diese Politik dazu führen wird, dass diese „linke“ Regierung die Proteste gegen die von ihr zwangsweise durchzusetzenden Sozialkürzungen wird zusammenknüpfeln lassen müssen. Zu dieser Aussage stehen wir noch immer.

Nun ist der erste Anlauf dieser „linken“ Regierung gescheitert. Meistens führt so etwas dazu, dass die Massen das Vertrauen in eine solche Linke verlieren – und das zu Recht. Die Folge ist dann leider sehr oft die Demoralisierung, die Entpolitisierung und im schlimmsten Falls eine Rechtsentwicklung, also das Erstarken der Faschisten. Aber in Griechenland gibt es eine ernst zu nehmende, klare und kämpfende kommunistische Partei. Es bleibt zu hoffen, dass die enttäuschten Massen sich nicht zurückziehen oder den faschistischen Rattenfängern auf den Leim gehen, sondern sich der KKE zuwenden. Wir möchten der KKE an dieser Stelle für ihre Klarheit und ihre Weitsicht in den jüngsten, nicht einfachen Situationen unsere Hochachtung ausdrücken und sie unserer Solidarität versichern.

Wir bringen in diesem Heft eine Solidaritätserklärung mit der KKE, unterzeichnet von 55 kommunistischen Parteien – dass die DKP unter den unterzeichnenden Parteien nicht zu finden ist, ist sowohl peinlich als auch symptomatisch.

Im Zusammenhang mit den jüngsten griechischen Erfahrungen drucken wir in diesem Heft auch den vor 100 Jahren erschienenen Artikel von Lenin über die vereinigten Staaten von Europa nach.<sup>1</sup>

Bei uns in Deutschland wurden und werden die faschistischen Horden von den Boulevard-Zeitungen, der Berichterstattung in den Nachrichtensendungen des Fernsehens, die Äußerungen des Bundesinnenministers und nicht zuletzt durch die bayerische Landesregierung weiter ermutigt, und so brennen wieder Asylbewerberheime, finden vor ihnen menschenverachtende Krawalle statt oder werden Ausländer auf der Straße mit Holzlaten angegriffen. Wenn sich Antifaschisten/innen den Faschisten entgegenstellen, sind es nicht die Faschisten, die von der Polizei verjagt, verprügelt oder verhaftet werden, sondern die Antifaschisten/innen. Man erfährt es immer wieder: Antifaschismus war und ist in dieser BRD kein Staatsanliegen, ganz im Gegenteil, wurden zu Beginn ihrer Existenz doch Justiz, Militär und weite Teile der konservativen Politik von alten Nazis aufgebaut, nicht zuletzt für die Frontstellung gegen die DDR - und braucht man heute doch die dümmlich „Deutschland“ grölenden Fußballfans sowie den rassistisch und faschistisch denkenden Mob als künftige Soldateska für die nicht

---

<sup>1</sup> Die „junge Welt“ brachte ihn in der Wochenendausgabe 22./23.8.15 gekürzt, flankiert von einem interessanten Gespräch mit dem Genossen Alfred Kosing. Aber auch hier finden sich ähnliche Illusionen wie oben beschrieben. Wir zitieren Alfred Kosing: „*Vorsicht, wir sollten nicht gleich enttäuscht den Stab über sie (Syriza) brechen.*“ Danach macht er sehr richtige Bemerkungen dazu, dass eine Veränderung der Lage nicht ohne die „*Entmachtung der herrschenden Konzern- und Finanzoligarchie und ihrer politischen Repräsentanten*“ und nicht „*ohne die Überführung der Banken und der großen Produktionsmittel in staatliches Eigentum*“ möglich sein wird. Aber dann: „*Wenn sie (Syriza) stark genug bleibt, um zukünftig nicht nur um kleine Reformen, sondern um eine grundsätzliche Umgestaltung der Gesellschaft zu kämpfen, damit ihre Forderungen eine realistische Grundlage erhalten, kann sie der Beginn einer Bewegung werden, die auch auf andere europäische Länder übergreift.*“ (jW, 22.23.8.2015, faulheit und arbeit, S. 2)

Syriza hat sich ja gerade entwickelt – und zwar nach rechts, wobei Syriza noch nie gegen das Monopolkapital, die EU und die NATO war. Wieso nun eine Linksentwicklung für möglich gehalten wird, ist uns ein Rätsel. Klarer ist mal wieder die KKE. Generalsekretär Dimitris Koutsoumbas sagte, dass die Wähler „*weder Tsipras noch der parteiinternen Opposition von Syriza auch nur das geringste Vertrauen schenken*“ sollten (Quelle: gleiche Ausgabe der jW).

Recht hat er.

nur ökonomisch, sondern vor allem militärisch größer werdende „Verantwortung“ Deutschlands „in der Welt“.

Der Antifaschismus und die Organisation von bzw. Teilnahme an antifaschistischen Aktionen ist zurzeit eine unausweichliche Aufgabe.

Trotzdem beschäftigen wir uns in diesem Heft mit weiteren aktuellen, brennenden Themen: Ukraine und Syrien. Außerdem werfen wir einen Blick auf die weltweite Gegenbewegung gegen den US/EU/BRD-Imperialismus, nämlich die BRICS- und Schanghai-Staaten, die zu einer Konferenz zusammen kamen.

Und natürlich lassen uns die Debatten über die Geschichte des Sozialismus nicht los: Hier bringen wir einen Hetz-Artikel aus der UZ sowie eine Kritik daran und eine Arbeit von Bill Bland über Stalin.

Ein Blick auf das neue Buch von Gerhard Feldbauer, das Ihr alle erhalten habt, beschließt das Heft.

Wenn wir zum Schluss darauf aufmerksam machen, das Zeitungsmachen Geld kostet, ist das sicherlich nichts Neues für Euch. Trotzdem muss es gesagt werden – gerade, weil wir in diesem Jahr zwei Bücher gemacht haben, deren Druckkosten zusammen bei über 7.000 Euro lagen. Deshalb bitten wir Euch uns zu unterstützen durch Werbung für die offen-siv, durch Werbung für unsere beiden neuen Bücher und, wer kann, durch finanzielle Unterstützung.

Redaktion offen-siv, Frank Flegel

**Spendenkonto Offensiv:**

**Konto Frank Flegel,**

**IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,**

**BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.**

## Nachrichten und Berichte

### ***Sergei Kirichuk: NATO wünscht mehr Einfluss in der Ukraine***

**Direktor des Verbindungsbüros der NATO in der Ukraine bei Geheimtreffen im Büro des ukrainischen Präsidenten: Ukraine soll die Strategie ändern und die EU, USA und NATO direkt in den Konflikt hineinziehen, anstatt ständig um Hilfe zu bitten**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich würde gerne eure Aufmerksamkeit auf eine wichtige Angelegenheit lenken. Eine Quelle in der Ukraine, die anonym bleiben will, hat uns gegenüber von einem geheimen Treffen erzählt, das im Büro des Präsidenten der Ukraine stattgefunden hat. An diesem Treffen nahm der Direktor des Verbindungsbüros der NATO in Ukraine teil, Marcin Kuziel.

Während dieses Treffens wurde er von den Teilnehmenden wegen der Untätigkeit seitens der NATO kritisiert und unter Druck gesetzt, mit dem Argument, dass sowohl die NATO als auch die EU zu wenig unternehmen würden, um der Ukraine zu helfen, und dass sie sich mehr engagieren müssten. Kuziel antwortete, dass die Ukraine selbst mehr dafür tun müsste, um sowohl die NATO als auch die EU in den Konflikt hinein-zuziehen.

Er empfahl zum einen eine intensivierete Privatisierung, mit dem Ziel, Kapital aus der EU und mit der NATO assoziierten Staaten in die Ukraine fließen zu lassen. Ganze Industriekomplexe sollten möglichst schnell zu Eigentum von Investoren aus der EU und den USA gemacht werden.

Weiter empfahl er der Ukraine, sich auf die Produktion von hochentwickelten Waf-fentechnologien zu spezialisieren (Wir erinnern daran, dass die Ukraine bis in die letzte Zeit unter den Top-Ten der Waffenexporteure war).

Kurz: Kuziel empfahl offen, dass die Ukraine ihre Strategie ändern und die EU, USA und NATO direkt in den Konflikt hineinziehen solle, anstatt ständig um Hilfe zu bitten. Also nicht weiter zu warten, sondern mithilfe der Privatisierung von Staatseigentum die westlichen Partner direkt an die Sache der ukrainischen Regierung zu binden.

Sergei Kirichuk, Berlin 20.8.2015

Quelle: AIK newsletter

## ***Brigitte Queck: Interview mit Oleg Musyka, einem der Überlebenden des Anschlags auf das Gewerkschaftshaus von Odessa am 2. Mai 2014***

B.Q.: Woher kommst Du ? Was hast Du früher gemacht?

Oleg: Ich bin Ukrainer und Bürger der Stadt Odessa, Jahrelang habe ich als Matrose der Schwarzmeerflotte gedient. Ich gehöre seit 2009 der Partei Rodina an und wurde von meiner Partei zum Berater des Abgeordneten meiner Partei in die Stadtverwaltung der Stadt Odessa gewählt. Im November 2013 war ich der Verantwortliche des Anti-Maidan auf dem Kulikower Feld.

B.Q.: Welche Ziele vertrat der Anti-Maidan in Odessa ?

Oleg: Unsere Partei vertrat von Anfang an eine Politik der Föderalisierung der Ukraine. Wir strebten eine Zollunion mit Russland, Belorussland und Kasachstan an. Die russische Sprache sollte als 2. Staatssprache der Ukraine erlaubt bleiben. Die Prinzipien des Sozialismus, als da sind: a) kostenfreie Bildung, b) kostenlose medizinische Betreuung, c) soziale Maßnahmen auf dem Gebiet des Wohnungsbaus, d) der ständigen Verbesserung des Lebens der Bürger sollten auf dem Gebiet der Zollunion gelten.

Mit anderen Worten, wir wollten eine würdige Gesellschaft aufbauen, in der das Wort Demokratie nicht nur eine Worthülse ist.

B.Q.: Wie viele Opfer gab es tatsächlich am 2. Mai 2014 im Gewerkschaftshaus in Odessa ?

Oleg: Offiziell wird von 48 Opfern gesprochen. In Wirklichkeit kamen 116 Menschen ums Leben.

B. Q.: Wie ist das zu verstehen ?

Oleg: Nach Verständnis der UNO und auch europäischen Gesetzen spricht man ab 50 Personen von Genozid (Völkermord). Mit anderen Worten, die derzeitigen Kiewer Machthaber halten die wahre Zahl der Opfer bewusst geheim.

B.Q.: Warum ist es Deiner Meinung nach überhaupt zu solchen gewaltsamen Ausschreitungen im Odessaer Gewerkschaftshaus gekommen ?

Oleg: Nach der Volksbefragung auf der Krim befürchtete die derzeitige ukrainische Regierung, dass sich auch in Odessa der russische Einfluss durchsetzen könnte und das wollte sie unter allen Umständen verhindern.

B.Q.: Wie konnte es zu so einem furchterlichen Überfall der Rechten auf die Bewegung des Anti-Maidan überhaupt kommen ?

Oleg: Wir hatten ein großes Volksfest auf dem Kulikower Feld organisiert und überall Zelte und Stände aufgestellt. Schon am frühen Morgen kam die Polizei und wie sich später herausstellte, sogar in Begleitung hoher Kiewer Beamten, die unsere Zelte nach Waffen untersuchten Das war eine klare Einschüchterung unserer Leute. Doch die Menschen aus Odessa ließen sich nicht abschrecken. Sie kamen zu Tausenden auf den Veranstaltungsplatz.

Am gleichen Tage fand auch ein Fußballspiel statt, zu dem der rechte Sektor per Internet mobilisiert hatte. Die Anhänger der Rechten fing nach dem Fußballspiel an, in der Stadt zu randalieren, das Pflaster aufzureißen, Bürger anzupöbeln und mit Stöcken zu schlagen und Steinen zu werfen. Das alles wurde im Fernsehen übertragen, ohne dass die Polizei von Odessa eingriff.

Die Meinung unserer Gruppe war geteilt, ob wir uns diesen Rechten entgegenstellen sollten. Die Mehrzahl von uns wollte etwas tun und ging diesen Randalierern entgegen. Da die Rechten an diesem Tag klar in der Überzahl waren, liefen wir zurück zum Kulikower Feld. Die Rechten schlugen wild, auch auf einfache Passanten, ein, so dass sich die Leute im nahe gelegenen Gewerkschaftshaus verbarrikadierten.

Anscheinend hatten die Rechten ihre Aktion genau geplant und vorbereitet. Sie hatten Molotowcocktails, Schlagstöcke und Pistolen bei sich. Obwohl die Menschen aus dem Gewerkschaftshaus und ihre Angehörigen zu Hause die Polizei und die Feuerwehr anriefen, griffen weder die Polizei, noch die Feuerwehr, die sich unweit des Gewerkschaftshauses befand, in dieses mörderische, blutige Treiben ein. Nicht mal, als das Gewerkschaftshaus schon lichterloh brannte!!

B.Q.: Was geschah danach ?

Oleg: Erst in den Morgenstunden erschienen die Polizei und die Feuerwehr. Die Überlebenden waren z. T. schrecklich verletzt und traumatisiert. Etwa 200 Menschen wurden ins Krankenhaus und über 100 Menschen aufs Polizei-



revier gebracht und verhört, wo man schon Listen vorbereitet hatte, die die Überlebenden unterschreiben sollten. Allesamt wurden regierungsfeindlicher Handlungen beschuldigt!!

Nach über einem Jahr befinden sich noch 21 Menschen in Untersuchungshaft und 10 der Überlebenden des Gewerkschaftshaus-Massakers sind im Gefängnis, während diejenigen, die an diesen Verbrechen beteiligt waren, in der Odessaer Stadtverwaltung, ja sogar im Kiewer Parlament sitzen.

B.Q.: Wie bitte, die Täter laufen frei herum, ja, sie sitzen sogar im Parlament?!

Oleg: Ja, Alexej Gontscharenko ist Parlamentsabgeordneter vom Poroschenko-Block, Andrej Jusow ist Vorsitzender der Partei Udarm von Klitschko und Sewo Kontscharewskij, derjenige, der die Opfer, die sich durch einen Fenstersprung aus dem brennenden Gewerkschaftshaus retten wollten, unten erschlug, sitzt heute als Vertreter einer gesellschaftlichen Organisation im Stadtrat Odessas.

B.Q.: Wie ist die politische Situation in Odessa ?

Oleg: Zum Gouverneur der Stadt Odessa wurde Saakaschwili, der ehemalige Minister des Inneren von Grusinien ernannt, der in seinem Land wegen Korruption gesucht wird.

Wie zum Hohn wurde am 12.6.2015 von der Stadtverwaltung Odessas die Entscheidung getroffen, ein Denkmal zu Erinnerung an die am 2. Mai 2014 im Gewerkschaftshaus umgebrachten Menschen zu errichten. Doch die Menschen der Heldenstadt des Großen Vaterländischen Krieges im Kampf gegen den Faschismus vergessen nicht, wer deren Mörder sind, die heute ihre schrecklichen Taten damit rechtfertigen, dass die Opfer gegen die gesetzmäßige, in Wirklichkeit durch einen blutigen Regimechange zur Macht gekommene, Kiewer Regierung vorgehen wollten.

Die einstmals fraktionsstärkste Partei von Janukowitsch wurde im ganzen Lande verboten. Es wurden vom Kiewer Parlament Gesetze verabschiedet, die das Tragen von kommunistischen und russischen Symbolen unter Strafe stellen, das Niederreißen von Denkmälern, die an die Zeit der Oktoberrevolution, oder den Großen Vaterländischen Krieg erinnern, ausdrücklich gestatten, das Verbot regierungskritischer Zeitungen, das Durchsuchen von Räumlichkeiten

gesellschaftlicher Organisationen und die Beschlagnahmung von Computern, anordnen und „separatistische Handlungen“, wie z. B. die Weigerung, als Soldat in der ukrainischen Armee zu dienen, mit dem Tode bestrafen können.

Rechte Schlägertruppen sollen für Angst und Duckmäusertum der Bevölkerung sorgen und diejenigen, die die Drecksarbeit für die nunmehr Regierenden erledigen, werden bei Bekanntwerden von deren Tötungen, z. B. regierungskritischen Journalisten, wie Oles Busina, durch Zahlung sehr hoher Kauttionen der reichsten Oligarchen vor Ort freigelassen.

B.Q.: Ist die Kommunistische Partei der Ukraine noch aktiv?

Oleg: Seit dem von den USA geförderten Regimechange in der Ukraine am 22.2.2015 wurden neben bekennenden Mitgliedern der Partei der Regionen von Janukowitsch vor allem Mitglieder der Kommunistischen Partei verfolgt, eingekerkert, misshandelt und getötet. Nachdem der gegenwärtige, an der Macht befindliche ukrainische Präsident Poroschenko, am 15. Mai 2015 das Gesetz über das Verbot des Zeigens kommunistischer Symbole auf dem Territorium der Ukraine unterzeichnet hat, haben die rechten Schlägertruppen quasi freie Hand, gegen Kommunisten vorzugehen.

B.Q.: Spielte der 70. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus in der Ukraine unter diesen Umständen überhaupt eine Rolle?

Oleg: Ja, eine sehr große Rolle sogar! Schon vor dem 9. Mai war von der jetzigen ukrainischen Regierung das Zeigen kommunistischer Symbole untersagt worden. Trotzdem marschierten allein in Odessa 45.000 Menschen über die Allee des Sieges unter Rufen „Bandera raus aus der Ukraine!“ und legten sowohl am Ehrenmal der im Großen Vaterländischen Krieg gefallenen sowjetischen Soldaten, als auch am Haus der Gewerkschaften, in dem vor einem Jahr über 100 Menschen von den Rechten verbrannt und gemeuchelt wurden, Blumen nieder. Das zeigte, dass die Menschen in Odessa an diesem Tage ihre Angst bezwungen haben.

B.Q.: Was erwartet ihr von den Menschen in Deutschland, die vor 70 Jahren durch die Sowjetarmee vom Faschismus befreit wurden?

Oleg: Wir haben die Hoffnung, dass die Deutschen, die den 2. Weltkrieg überlebten und wissen, was Faschismus ist, uns im Kampf gegen den Faschismus in der Ukraine helfen. Sie sollten sich an Friedensdemonstrationen

und Mahnwachen gegen den Krieg beteiligen, bzw. sich an die deutsche Regierung wenden mit den Forderungen:

- a) die Finanzierung der ukrainischen Regierung, die einen Genozid am eigenen Volk in der Ostukraine verübt, einzustellen, und
- b) die Bestrafung der Täter des Odessa-Massakers von der Ukraine zu fordern.

B.Q.: Was erwartet ihr speziell von den Linken, der Friedensbewegung und den Kommunisten?

Oleg: Sie sollten an möglichst vielen Diskussionen zum Thema Ukraine teilnehmen, offizielle Vertreter der Linken sollten richterliche Einsichtnahmen in die Dokumente des Odessaer Massakers fordern, sowie auf der Bestrafung der Täter bestehen, Vertreter von linken Parteien und Organisationen sollten europäische Institutionen beeinflussen, kein faschistisches Vorgehen gegen Andersdenkende in der Ukraine zuzulassen und das, was den Anlass zur Gründung der Weltorganisation geführt hat, nämlich die Parole „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ in die Tat umzusetzen!

B.Q.: Oleg, vielen Dank für das Gespräch. Wir werden unser Bestes tun, die Wahrheit über die Lage in der Ukraine zu verbreiten und Euch in Eurem Kampf gegen den Faschismus im Lande zu unterstützen!

Berlin, Juni 2015

## ***Wladimir Putin: Über die Resultate der Gipfeltreffen von BRICS- und Schanghai-Staaten in Ufa***

### **Erklärung vom 11.07.2015**

Der Präsident Russlands hat in seiner Rede solch wichtige Themen angesprochen wie die Krise in Griechenland und die Situation in der Ukraine. Er sprach auch über die Erfolge in der russischen Wirtschaft sowie über die Ergebnisse der Gipfeltreffen der Schanghai-und BRICS-Staaten.

In Ufa hatten sich Vertreter von 15 Staaten versammelt, die einige Kontinente vertreten haben: Eurasien, Südamerika und Afrika.

Wladimir Putin berichtete auf einer Pressekonferenz über die Ergebnisse der Gipfeltreffen von BRICS und SCHANGHAI und sagte, dass die Durchführung der Gipfel-

treffen von BRICS und SCHANGHAI in der baschkirischen Hauptstadt einen Höhepunkt ihrer Zusammenarbeit darstellten und dass bei beiden Russland den Vorsitz inne hatte, schreibt „RG“ (Russische Zeitung).

„Jedes dieser Länder hat seinen Entwicklungsweg, sein Modell des wirtschaftlichen Wachstums, seine reiche Geschichte und Kultur. Gerade in einer solchen Vielfalt, in der Vereinigung der Traditionen, verbirgt sich zweifellos die Kraft, das gewaltige Potential, sowohl der BRICS-, als auch der SCHANGHAI-Staaten“, sagte Putin

Putin unterstrich auch, dass die BRICS-Länder abgestimmt haben, ihre Partnerschaft zu festigen.

„Die von den Führern der BRICS-Staaten abgestimmten Schlussdokumente - die Ufa-Deklaration - der Plan des Handelns und der Strategie der wirtschaftlichen Partnerschaft - enthalten konkrete Absprachen hinsichtlich der Entwicklung der Vereinigung und der Stabilisierung ihres internationalen Status“, sagte der Präsident.

Er unterstrich, dass damit der Beginn der praktischen Arbeit des Finanzinstituts BRICS in die Wege geleitet wurde – der Neuen Bank und eines Pools von bedingten Valutareerven mit einem Gesamtumfang von 200 Milliarden Dollar.

So sind in der Strategie der Entwicklung der SCHANGHAI-Staaten die Prioritäten ihrer Tätigkeit bis zum Jahre 2025 hinsichtlich aller grundlegenden Richtungen der Zusammenarbeit von der Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit bis zur Gewährleistung der regionalen Stabilität und des rechtzeitigen Reagierens auf Konflikte und Krisensituationen festgelegt.

In der Ufa-Deklaration der SCHANGHAI-Staaten sind die gemeinsamen Herangehensweisen zu aktuellen internationalen Problemen enthalten.

Ebenso sei im Rahmen der SCHANGHAI-Staaten das erste Mal in ihrer Geschichte ein Beschluss über die Erweiterung der Anzahl der Teilnehmer der Organisation gefasst worden: so sind Dokumente über die Aufnahme von Indien und Pakistans unterzeichnet worden, berichtete NEWSru.com.

„Es sei auch ein Beschluss über die Erhöhung des Status von Belarus in der Organisation getroffen worden - in Form eines Beobachters; zu Dialogpartnern wurden Armenien, Aserbaidschan, Kambodscha und Nepal. Den Wunsch nach Zusammenarbeit in Form von Beobachtern und Dialogpartnern brachten auch einige Staaten von Süd- und Südostasien sowie aus dem fernen Osten zum Ausdruck.

Auf dem Gipfeltreffen wurde die Entwicklungsstrategie der SCHANGHAI-Staaten bekräftigt, in der die Prioritäten ihrer Tätigkeit bis 2025 festgelegt sind und es wurde die Ufa-Deklaration der SCHANGHAI-Staaten verabschiedet.

Die Führer diskutierten unter anderem detailliert die Lage in Afghanistan.

Putin stellte die erhöhte Aktivität der Kämpfer des „Islamischen Staates“ fest, die ihre Finger auch nach diesem Lande ausgestreckt haben, was eine Gefahr für die Sicherheit der südlichen Grenzen der Staaten der SCHANGHAI-Organisation bedeutet.

Es wurde entschieden, diese Tatsache „nicht auf die lange Bank zu schieben“ und zur Realisierung eines Programms der Zusammenarbeit beim Kampf mit dem Terrorismus und Separatismus in den Jahren 2016-2018 zu schreiten und mit der Ausarbeitung einer Konvention der SCHANGHAI-Staaten beim Kampf mit dem Extremismus zu beginnen.

In einer speziellen Erklärung sind auf dem Gipfeltreffen Pläne vorgestellt worden, was man gegen die Drogengefahr tun kann. Zur Einschränkung des Drogenhandels sind auch Fragen bei der Zusammenarbeit beim Grenzschutz erörtert worden.

Außerdem stimmten sich die Führer bei der Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der SCHANGHAI-Staaten ab. Putin lud die Vertreter der Ländervereinigungen, vor allem der Wirtschaftsgesellschaften, zu einem Wirtschaftsforum des Ostens im September diesen Jahres nach Wladiwostok ein.

Auf dem Gipfel wurde eine Erklärung anlässlich des 70. Jahrestages des Sieges im 2. Weltkrieg angenommen. „Es ist wichtig, sich an die im Kriege gegen den Faschismus erbrachten Opfer zu erinnern und die Verzerrung der historischen Wahrheit, sowie die Propaganda von radikalen Ideen zurückzuweisen“, unterstrich Putin.

#### **Putin über die Zusammenarbeit mit China:**

Auf der Pressekonferenz erklärte Putin, dass Russland hofft, dass China seinen Beitrag bei der Entwicklung des Fernen Ostens leisten wird. Nach den Worten Putins können Werke aus China einen gewaltigen Beitrag leisten, die Pläne und Aufgaben zu erfüllen, die Russland sich bei der Entwicklung von Sibirien und dem Fernen Osten gestellt hat.

„Wir laden die chinesischen Geschäftsleute für die Teilnahme an einem Forum ein und wir werden Sie dort ausführlich über alle Möglichkeiten informieren, die es bei der Arbeit im Fernen Osten gibt. Ich denke, dass die chinesischen Firmen teilnehmen könnten, einen gewaltigen Beitrag bei der Lösung der Aufgaben zu leisten, die wir uns in dieser Region gestellt haben. Es versteht sich, mit Nutzen für sich selbst“, sagte der russische Präsident.

Er fügte hinzu, dass mit den chinesischen Partnern die Zusammenarbeit zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion und dem chinesischen Projekt des Baus eines „Wirtschaftsgürtels der Seidenstraße“ erörtert worden ist.

## **Putin über die Entwicklung der russischen Wirtschaft**

Der Präsident der Russischen Föderation berichtete auch über die Entwicklungspläne der russischen Wirtschaft. Seinen Worten zufolge soll noch in diesem Jahr im Lande ein System von Bankkarten geschaffen werden. Er sagte, dass ein nationales System nicht nur im Lande, sondern auch über die Grenzen hinweg geschaffen werden soll.

Er wies darauf hin, dass das Bedürfnis nach einem nationalen Zahlungssystem entstand, als sich herausstellte, dass die Wirtschaft „wie ein Instrument des politischen Kampfes gehandhabt wird.“ „Wir haben einen großen Markt, aber was haben wir gemacht? Wir haben eine Visa oder MasterCard97, deren Prozente den Klienten innerhalb Russlands zu Gute kommen. Ist das eine normale Situation? Nein!“ antwortete Putin. Gleichzeitig versprach er, dass sich Russland "nicht durch eine Mauer abgrenzen“ wird.

„Wir werden alle Instrumente der Zusammenarbeit mit allen ausnutzen - auch mit den Vereinigten Staaten, den europäischen Staaten und mit den asiatischen Ländern. Aber es versteht sich, vor allem vorwiegend mit denen, die mit uns zusammen arbeiten wollen,“ versprach er.

## **Putin über den Rubelkurs und die Sanktionen**

„Ja, es gibt Probleme, ja, es ist eine Senkung der Wachstumstempi zu verzeichnen, darunter auch des Brutto-Inlandprodukts, aber gleichzeitig haben wir unsere Reserven bewahrt, wir haben einen annehmbaren Kurs der nationalen Valuta gewährleistet, wir haben einen positiven Saldo in der Handelsbilanz“, sagte Putin über den Rubelkurs, welcher im vergangenen Jahr im Vergleich zum Dollar und Euro fast um das Doppelte gefallen ist. Putin bezeichnete den gegenwärtigen Rubelkurs als annehmbar. Er unterstrich, Probleme gäbe es „überall“ und er führte das Beispiel Europa und die USA an, wo nach seinen Worten „der Umfang der Schulden den Umfang des Bruttoinlandprodukts übersteigt“.

„Die Weltwirtschaft wird sich anpassen ... das Gleiche trifft auch auf die russische Wirtschaft zu. Wir sind dazu absolut bereit“, brachte er seine Hoffnung zum Ausdruck.

Putin sprach auch über die Sanktionen, die gegenwärtig gegen Moskau angewendet werden.

„Wir denken, dass man ein solches Instrumentarium wie Sanktionen überhaupt aus dem internationalen Wirtschaftslexikon und dem Umgang miteinander streichen sollte. Sanktionen sollten nicht in der Weltwirtschaft angewendet werden, weil sie diese sonst von den Füßen auf den Kopf stellen. Wir sollten in normalen, natürlichen Verhältnissen leben, denn nur so und unter diesen Bedingungen kann eine dauerhafte,

stabile und sichere Entwicklung erfolgen“, sagte Putin, indem er hinzufügte, dass die Sanktionen bezüglich dem Iran fallen gelassen werden sollten.

### **Putin über die Krise in Griechenland**

Der russische Präsident wies darauf hin, dass der Ministerpräsident Griechenlands Russland nicht um Hilfe gebeten habe, obwohl Russland die Möglichkeit besitzt, anderen Staaten zu helfen.

Seinen Worten zufolge, verbinden Griechenland und Russland „besondere Beziehungen geistiger Verwandtschaft und religiöser Gemeinsamkeiten.“ „Aber Griechenland ist ein Land der Europäischen Union und im Rahmen seiner Verpflichtungen ist es in einem ziemlich komplizierten Verhandlungsprozess mit seinen Partnern bezüglich einer Einigung in Europa“, sagte Putin. Er fügte hinzu: Tsipras gibt zu, dass „das nicht nur eine Frage des Geldes ist“ sondern der Prinzipien der Entwicklung der Wirtschaft“ und der Beziehungen Griechenlands zu seinen Partnern.

Trotzdem unterstützte er Griechenland, ... indem Putin darauf verwies, dass die EU selbst lange Zeit eine schlechte Haltung in Bezug auf Griechenland gezeigt hatte. „Wenn es zu Verletzungen bei ihrem Herangehen gekommen ist, wo war in diesem Fall die Europäische Kommission? Warum hat sie keine Korrekturen bezüglich der wirtschaftlichen Tätigkeit der früheren Regierung Griechenlands angeordnet?“, wunderte sich der russische Präsident.

### **Putin über die ukrainische Krise**

Putin erklärte, dass die Regulierung des ukrainischen Konflikts nur über die bedingungslose Erfüllung der Minsker Vereinbarungen möglich ist. Dabei klagte Putin das Kiewer Regime an, die diesen Konflikt hinauszögern und „keinen Wunsch zeigen, direkt mit der Führung der Donezker und Lugansker Volksrepubliken zu verhandeln.“

Er bezeichnete es als „seltsam“, nicht direkt mit der Führung der Donezker und Lugansker Volksrepubliken in Kontakt zu treten, denn „gerade die Partner aus Kiew bestanden darauf, dass in Minsk die führenden Vertreter der Donezker und Lugansker Volksrepubliken erscheinen.“ Dabei ist Putin voller Optimismus was den Ausgang dieses Konflikts anbelangt: „Ich bin eher geneigt anzunehmen, dass wir bei diesem Konflikt größere Chancen auf einen Erfolg, als auf einen Misserfolg haben“, erklärte Putin.

Quelle: <http://interesnienovosti.mirtesen.ru/blog/43177394904/Prezident-Rossii-Putin-podvel>  
Übersetzung Brigitte Queck

## ***Monika Fritz: Solidaritätskampagne für Alexander Dorin***

Liebe Freunde und Unterstützer von Alexander Dorin,

wir haben einige Neuigkeiten, leider keine guten, was die Haftbedingungen von A. Dorin<sup>2</sup> angeht: Er wird in strikter Einzelhaft gehalten und hat keinen Kontakt mit irgendwelchen Mitgefangenen. Der Gefangene soll weichgeklopft werden, damit er durch entsprechende Geständnisse den Vorwandscharakter seiner gegenwärtigen Verfolgung verschleiern hilft. Danach ist zweifellos eine Pressekampagne gegen ein schon beschmutztes Opfer vorgesehen. Nur öffentliche Aufmerksamkeit kann verhindern, daß diese infame Rechnung aufgeht.

Eine kleine ermutigende Mitteilung können wir aber doch machen: Der Herausgeber des Srebrenica-Bandes von A. Dorin, Dr. Peter Priskil, hat vor 14 Tagen der serbischen Zeitschrift Vesti ein längeres Interview zu dessen Verteidigung gegeben, das in zwei Teilen veröffentlicht wurde. Teil 1: POGLEDAJTE VEST, Teil 2: POGLEDAJTE VEST

Vesti ist die einzige serbische Zeitung mit internationaler Verbreitung, die noch nicht auf Kapitulationskurs gegenüber den NATO-Aggressoren gegangen ist. Die Resonanz war erfreulich: schon in den ersten beiden Tagen gingen weit über 70 zustimmende Zuschriften ein, der Spendenfluß war beträchtlich (so daß wir mittlerweile etwas mehr als die benötigte Summe zusammen haben), und es ist davon auszugehen, daß mittlerweile zahlreiche Protestschreiben aus aller Welt beim Schweizer Justizdepartement in Bern eingegangen sind, sehr zum Ärger der "willigen Vollstrecker" der US-Kriegspolitik und der damit in Verbindung stehenden Lügen, die A. Dorin so vorbildlich und gründlich entlarvt hat. Damit kommen wir zum Kern der Sache:

---

<sup>2</sup> Zur Erinnerung: A. Dorin wurde im unmittelbaren Vorfeld des zwanzigsten Jubiläumstages der NATO zu "Srebrenica" verhaftet, unmittelbar bevor er zu einer internationalen Konferenz in Belgrad per Video hätte zugeschaltet werden sollen; davor erschien in einer der größten Schweizer Tageszeitungen der Nachdruck eines vier Jahre alten Hetzartikels, der zuvor schon erfolgreich juristisch niedergeschlagen werden konnte; und drittens sollte durch die groß heraustrompetete, zu Ablenkungszwecken inszenierte Verhaftung des überführten Massenmörders und Anführers moslemischer Todesschwadronen Naser Oric von der Verhaftung Dorins abgelenkt werden. Oric ist längst wieder frei, aber Dorin sitzt noch immer! Indizien genug, die darauf hinweisen, daß es sich um einen Vasallendienst der Schweizer Regierung an ihrem amerikanischen Herrn handelt.



**Was wir jetzt für sinnvoll erachten, ist eine Unterstützung für Alexander Dorin nach dem Vorbild der Solidaritätsaktion für Angela Davis.**

Manche von Euch werden sich daran erinnern, daß Angela Davis nach der Falschbeschuldigung durch die US-Behörden nur dadurch vor dem elektrischen Stuhl gerettet werden konnte, daß aus aller Welt, hauptsächlich den Ostblockstaaten, "Eine Million Postkarten" im Gefängnis eintrafen, in dem man Angela Davis gefangen hielt. Die geplagte US-Justiz mußte seinerzeit sechs Angestellte zusätzlich einstellen, um die Flut der Solidaritätskarten zu bewältigen. Auch wenn es diesmal nicht so viele Postkarten sein werden und die Bürokratie versuchen wird, diese zu unterschlagen, wollen wir Euch genau diesen Vorschlag unterbreiten, denn es ärgert die Unterschläger doch. Schreibt also Postkarten an den unter dem leicht als solchen zu durchschauenden Vorwand des "Cannabis-Handels" in Gefangenschaft gehaltenen Aufklärers und Wahrheitsfreundes Alexander Dorin. Ermutigt ihn, durchzuhalten und sich von den schmutzigen und an den Haaren herbeigezogenen Vorwänden nicht kleinkriegen zu lassen.

Das niederträchtige Kalkül, es sei noch einmal darauf verwiesen, besteht darin, A. Dorin in eine kriminelle Schmutzedecke zu stellen, um sein aufklärerisches Wirken zu desavouieren und unschädlich zu machen.

**Deshalb: Schreibt eine Solidaritäts-Postkarte an Alexander Dorin!**

Adresse: Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt  
Binningerstrasse 21  
CH-4051 Basel  
Schweiz

Bei Angela Davis hat dies über Leben und Tod entschieden, und klüger brauchen wir nicht zu sein!

Wenn selbst ein Gericht der allmächtigen USA und eines des als besonders wild verschrienen Dritten Reiches (nämlich im Reichstagsbrandprozeß) durch internationale Aufmerksamkeit zurückgezwungen werden konnten, warum soll das bei einem Gericht der servilen schlotternden Schweiz nicht möglich sein?! Besonders wenn sie international ist. Beim Reichstagsbrandprozeß war das nicht anders.

Fordert alle Eure Freunde und Bekannten, insbesondere im Ausland, dazu auf, ebenfalls eine Postkarte zu schreiben, denn die so gerne im Dunkeln ihr Unwesen treiben, fürchten die Öffentlichkeit wie Anaerobier den Sauerstoff!

Viele Grüße, Monika Fritz, Ahriman-Verlag Freiburg, 22.8.2015

## ***Verein „Unentdecktes Land“, Johannes Oehme: Kundgebung am 3. Oktober 2015 gegen das volksgemeinschaftliche „Einheits“-gefeiere***

Werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit annoncieren wir anlässlich des 25. Jahrestages der Annexion der DDR für den 3. Oktober 2015 von 8 bis 23 Uhr auf dem Pariser Platz eine Kundgebung mit Großtransparent:

**"DIESE GRENZE WURDE AUFGEHOBEN, DAMIT WIR GEMEINSAM WIEDER IN DEN KRIEG ZIEHEN"**

Das Großtransparent ist mit Informationstafeln zum deutschen Militarismus seit 1989 versehen.

Die Aktion richtet sich gegen das volksgemeinschaftliche "Einheits"gefeiere und die Bundesregierungen, die die Annexion der DDR als Sprungbrett für die wirtschaftliche und militärische Expansion nach Osteuropa ausnutzen und für die Verschärfung der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten sorgen.

Zu der Aktion ruft der aus der "Aktionsgruppe 9. November 2014" hervorgegangene "Unentdecktes Land e.V." auf, der eine Freiluft-Ausstellung zur Deutschen Demokratischen Republik und weitere Aktionen u.a. gegen den 25. Jahrestag der Annexion der DDR plant.

"Unentdecktes Land e.V.", Für den Vorstand: Johannes Oehme

Unentdecktes Land e.V., Karl-Kunger-Straße 2, 12435 Berlin

[www.unentdecktes-land.org](http://www.unentdecktes-land.org), [info@unentdecktes-land.org](mailto:info@unentdecktes-land.org)

## ***55 Kommunistische Parteien: Gemeinsame Solidaritätserklärung mit der KKE***

Liebe Genossen!

Wir, kommunistische und Arbeiterparteien, verfolgen die Entwicklungen in Griechenland, die Angriffe der EU, des Kapitals und seiner politischen Vertreter auf die Rechte der Arbeiter und des Volkes.

Wir, kommunistische und Arbeiterparteien, unterstützten die Kämpfe der griechischen Arbeiter und drückten unsere internationalistische Solidarität mit dem Kampf der KKE aus.

Viele Jahre lang haben die Regierungen von ND und PASOK in Zusammenarbeit mit der EU, der EZB und dem IWF Memoranden und harte volksfeindliche Gesetze mit schmerzhaften Konsequenzen für die Arbeiterklasse und breite Volksschichten umgesetzt.

Heute behält das volksfeindliche dritte Memorandum, verabschiedet von der SYRIZA-ANEL-Regierung und der Troika, und unterstützt von ND und PASOK, die volksfeindlichen Maßnahmen der Vorgängerregierungen bei, und bürdet den Arbeitern neue Lasten, unerträgliche Steuern, die Beseitigung jeglicher sozialer Sicherung und Arbeiterrechte, reduzierte Löhne und Renten, Privatisierungen usw. auf, wodurch die Lebenssituation der werktätigen Volksschichten und ihrer Familien noch weiter verschlimmert wird.

Aus diesen Entwicklungen können wir einige nützliche Lehren ziehen, die den Kampf des Volkes stärken können:

- Der Kapitalismus kann nicht vermenschlicht werden. Er bedeutet Krisen, Arbeitslosigkeit und Armut. Tatsächlich wurde bewiesen, dass jede Form der Verwaltung dieses Systems die Probleme des Volkes verschärft und die Profite des Kapitals steigert.
- Die EU ist eine reaktionäre, imperialistische Organisation. "Demokratie", "Solidarität" und soziale Gerechtigkeit kann es in ihrem Rahmen nicht geben.

Wir, die kommunistischen und Arbeiterparteien, die diese Erklärung unterzeichnen, schätzen den entschlossenen und konsequenten Standpunkt der KKE an der Seite der Arbeiterklasse und des griechischen Volkes im Kampf gegen alle Memoranden und gegen die volksfeindliche Vereinbarung, die die SYRIZA-ANEL-Regierung (und die anderen bürgerlichen Parteien) mit der Troika (EU, EZB, IWF) geschlossen hat.

Unsere Parteien grüßen die griechischen Kommunistinnen und Kommunisten in ihrem Kampf für die Rechte der Arbeiter und des Volkes, für den Sturz der kapitalistischen Barbarei, für den Sozialismus.

17.7.2015

*KP Albaniens, Algerische Partei für Demokratie und Sozialismus (PADS), KP Australiens, KP Bangladeschs, Arbeiterpartei Bangladeschs, KP der Arbeiter Belarus, Brasilianische KP, Kommunistischer Pol Luis Carlos Prestes – Brasilien, KP Britanniens, NKP Britanniens, KP Bulgariens, Partei der Bulgarischen Kommunisten, Vereinigung der Kommunisten in Bulgarien, KP in Dänemark, KP Dänemark, Kommunis-*

*tische Arbeiterpartei – Für Frieden und Sozialismus (Finnland), Pol der kommunistischen Wiedergeburt in Frankreich, Vereinigte Kommunistische Partei Georgiens, Arbeiterpartei Irlands, KP Italiens, Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens, KP Kanadas, Sozialistische Bewegung Kasachstans, KP Luxemburgs, KP Mazedoniens (FYROM), KP Maltas, KP Mexikos, Sozialistische Volkspartei Mexikos, Neue Kommunistische Partei der Niederlande, KP Norwegens, Partei der Arbeit Österreichs, KP Pakistans, KP Palästinas, Palästinensische Volkspartei, Philippinensische KP [PKP-1930], KP Polens, KP Puerto Ricos, KP der Russischen Föderation, Russische Kommunistische Arbeiterpartei, KP der Sowjetunion, KP Schwedens, KP der Slowakei, KP der Völker Spaniens, Galizische Bewegung für Sozialismus, Primeira Linha Galizien, Südafrikanische KP, Syrische KP, KP (Türkei), KP der Ukraine, Vereinigung der Kommunisten der Ukraine, Arbeiterpartei Ungarns, Rifondazione Uruguay, Partei der Kommunisten USA, Sozialistische Organisation Weg der Freiheit (USA), KP Venezuelas.*

## Syrien

### ***Bashar al-Assad: Interview mit dem französischen Sender France 2***

**Hier der vollständige Text des Interviews, welches Präsident Bashar al-Assad dem französischen Sender France 2 am 20. April 2015 gab.**

**Quelle:** <http://www.sana.sy/en/>

**Frage:** Guten Abend Herr Präsident. Ich möchte gleich beginnen. Für die meisten Franzosen sind zum größten Teil Sie für das gegenwärtige Chaos in Syrien verantwortlich. Dies wegen der Brutalität und der Repression während der letzten vier Jahre. Welches ist ihrer Ansicht nach Ihr Teil der Verantwortung?

**Präsident Assad:** Tatsächlich haben seit den ersten paar Wochen des Konflikts die Terroristen die Situation in Syrien infiltriert. Dies mit Unterstützung der westlichen Länder und einiger regionaler Länder. Sie haben damit begonnen, indem sie sie Zivilisten angriffen und öffentliche und private Einrichtungen zerstörten. Dies ist auf dem Internet dokumentiert, nicht von uns, sondern von ihnen, den Terroristen. Unsere Aufgabe als Regierung ist es, unsere Gesellschaft und unsere Bürger zu schützen. Wenn das was sie unterstellen korrekt wäre, und dies nach vier Jahren, wie könnte

eine Regierung oder ein Präsident, die so brutal sind, wie sie sagen, bestehen? Wenn wir wirklich unser Volk töten würden, wie es behauptet wird, dann hat die andere Seite ja die Unterstützung der größten und politisch mächtigsten Länder der Welt und außerdem die Petrodollars unserer Region. Wie könnten wir dem vier Jahre lang standhalten? Ist es denn möglich die Unterstützung der Öffentlichkeit zu haben und gleichzeitig dieselbe Öffentlichkeit zu unterdrücken?

**Frage:** Zu Beginn waren Zehntausende auf den Straßen. Waren das alles Dschihadisten?

**Präsident Assad:** Nein, definitiv nicht. Ein anderer Aspekt ist jedoch, dass am sechsten Tag des Konflikts ein Polizist getötet wurde. Wie? Durch eine friedliche Demonstration? Durch die Parolen der Demonstranten? Er wurde von Terroristen getötet. Jemand benutzte ein Gewehr und erschoss diesen Polizisten. Es spielt keine Rolle, ob dies ein Dschihadist war oder nicht, denn er tötete einen Polizisten, also ist er ein Terrorist, weil er einen Polizisten tötete.

**Frage:** Vielleicht gab es Dschihadisten oder Terroristen, aber unsere Reporter waren von Anfang an dabei und sie hörten viele Leute sagen: „Wir wollen Freiheit und mehr Demokratie“. Das waren keine Terroristen oder Dschihadisten.

**Präsident Assad:** Definitiv haben alle das Recht, Freiheit zu verlangen und jede Regierung sollte die Freiheit unterstützen, selbstverständlich im Rahmen der Verfassung. Bedeutet aber Freiheit, andere Zivilisten zu ermorden, Polizisten zu ermorden, Schulen zu zerstören, Krankenhäuser zu zerstören, die Elektrizität lahm zu legen, die Infrastruktur zu zerstören? All dies gehört nicht der syrischen Regierung, es gehört dem syrischen Volk, es gehört nicht mir, sondern dem Volk. Ist dies die Art Freiheit, über die sie sprechen?

**Frage:** Viele Analysten und viele Journalisten sagen, dass Sie an der Entstehung von ISIS beteiligt waren, weil Ihnen dies die Gelegenheit bietet, sich hinter ISIS wie hinter einem Schild zu verstecken.

**Präsident Assad:** Der ISIS wurde 2006 unter der Aufsicht der USA im Irak geschaffen. Ich bin nicht im Irak, ich habe den Irak niemals kontrolliert, das waren die USA, und der ISIS kam aus dem Irak nach Syrien, denn das Chaos ist ansteckend. Wenn in Ihrer Nachbarschaft Chaos entsteht, dann müssen Sie es auch bald bei sich erwarten...

**Frage:** Aber das Wort ISIS war am Anfang...

**Präsident Assad:** Lassen sie mich bitte ausreden. Wann immer Sie in einem Land Chaos haben, ist dies ein fruchtbarer Boden für den Terrorismus. Wenn es also in Syrien Chaos gibt, kommt der ISIS nach Syrien. Vor dem ISIS kam die al-Nusra

Front, welche identisch mit der al-Qaida ist und vor ihnen hatten wir die Muslimbrüder. Sie haben alle dieselben Wurzeln wie der ISIS, welcher später kam.

**Frage:** Also tragen Sie gar keine Verantwortung für all das was in den letzten Jahren in Syrien geschehen ist?

**Präsident Assad:** Normalerweise sind die Dinge nicht so absolut. Keine Verantwortung zu haben ist nicht präzise, denn alle tragen Verantwortung. Wir haben unsere Probleme in Syrien. Die Regierung ist verantwortlich, jeder von uns ist verantwortlich, jeder Bürger Syriens ist verantwortlich. Wir sprechen aber momentan darüber, was uns den ISIS ins Land gebracht hat. Das war das Chaos. Und Ihre Regierung - oder wollen wir sie lieber Regime nennen? - Das französische Regime also ist mitverantwortlich für die Unterstützung der Dschihadisten und für die Unterstützung derjenigen, die Sie „moderate Opposition“ nennen.

**Frage:** Frankreich unterstützt eine Koalition, die nationale Syrische Koalition. Sind das Terroristen?

**Präsident Assad:** Die Leute, die jetzt unterstützt werden sind vom Westen bewaffnet, sie wurden zum ISIS und sie wurden von Ihrem Land und von anderen westlichen Ländern durch Waffen und durch Geld unterstützt. Ihr eigener Verteidigungsminister bestätigt dies. Zu Beginn dieses Jahres kündete Ihr Verteidigungsminister an, Rüstungsgüter zu schicken. Sie nennen diese Leute moderat. Im Jahr 2012, bevor der ISIS in Erscheinung getreten ist und bevor der Westen die Existenz der al Qaida in Form der al-Nusra Front in Syrien bestätigen musste, wurden Videos gestreut, in denen gezeigt wird, wie das Herz eines syrischen Soldaten gegessen wird, es wird gezeigt, wie andere Opfer zerstückelt oder geköpft werden. Wie können Sie diese schreckliche Realität ignorieren, dies sind Fakten!

**Frage:** Lassen Sie uns über die Gegenwart sprechen. Es kommt immer wieder vor, dass die syrische Armee Waffen verwendet, die wahllos töten, wie zum Beispiel Fassbomben, welche einen verheerenden Effekt auf die Zivilbevölkerung haben. Weshalb ändern Sie diese Strategie nicht?

**Präsident Assad:** Unsere Armee hat niemals Waffen verwendet, die wahllos töten. Keine Armee, auch nicht die syrische wird nutzlose Waffen verwenden. Fassbomben sind, vom militärischen Standpunkt aus gesehen, nutzlos. Das ist das Eine. Das zweite ist, wenn sie über wahllose Tötungen sprechen wollen, dann geht es nicht um die Waffen, es geht um die Art und Weise, wie diese Waffen gebraucht werden. Der Beweis für die Richtigkeit meiner Worte sind die Drohnen der USA. Diese haben in Pakistan weitaus mehr Zivilisten als Terroristen getötet. Dabei handelt es sich angeblich um die präziseste Waffe der Welt. Es geht also nicht um die Waffe. Aber wir brauchen keine Fassbomben. Wir verfügen über reguläre Bewaffnung.

**Frage:** Sie brauchen also keine Fassbomben?

**Präsident Assad:** Was ist eine Fassbombe? Können sie mir das sagen?

**Frage:** Es gibt verschiedene Dokumente, Videos und Fotoaufnahmen wie diese hier. Sie sehen darauf, wie eine Fassbombe aus einem Hubschrauber abgeworfen wird. Dies ist in Aleppo, dies ist in Hama, vor ein paar Monaten oder vor einem Jahr. Nur die syrische Armee verfügt über Hubschrauber, was können sie dazu sagen?

**Präsident Assad:** Das ist kein Beweis. Ich sehe hier zwei Bilder von zwei verschiedenen Dingen, die keinen Zusammenhang haben.

**Frage:** Aleppo, Hama.

**Präsident Assad:** Nein, nein. Ich meine dieses Bild hier. Was ist das? So was habe ich in unserer Armee noch nie gesehen. Ich spreche nicht über die Hubschrauber. Ich spreche über diese beiden Bilder. Wo ist da der Zusammenhang?

**Frage:** Wollen sie damit sagen, es sei eine Fälschung? Ist das Dokument eine Fälschung?

**Präsident Assad:** Nein, nein das habe ich nicht gesagt. Aber es muss verifiziert werden. In unserer Armee werden reguläre Bomben verwendet, wir haben keine Waffen, welche wahllos töten. Das ist so.

**Frage:** Aber dieser Hubschrauber! Nur die syrische Armee hat Hubschrauber!

**Präsident Assad:** Ja, natürlich. Ich habe nicht gesagt, wir hätten keine Hubschrauber oder wir würden keine gebrauchen. Ich spreche über deren Bewaffnung. Sie sind bewaffnet um Terroristen zu bekämpfen. Warum sollten sie wahllos töten? Warum sollten wir Zivilisten töten? Im Krieg in Syrien geht es uns darum, die Herzen der Menschen für sich zu gewinnen, es geht nicht darum die Menschen zu töten. Wenn wir die Menschen wahllos töten würden, könnte ich nicht Präsident sein und die Regierung würde sich nicht halten können, das wäre unmöglich.

**Frage:** Was ist mit den chemischen Waffen. Vor zwei Jahren haben Sie versichert, Sie würden keine chemischen Waffen verwenden. Haben Sie letzten Monat in der Schlacht von Idlib kein Chlorgas verwendet?

**Präsident Assad:** Nein, dies ist wieder eine Fälschung der westlichen Regierungen. Warum? Weil wir zwei Fabriken haben, welche Chlorgas herstellen. Eine von ihnen wurde vor einigen Jahren geschlossen, wird also nicht mehr gebraucht. Die andere, im Norden Syriens ist die wichtigere von beiden. Sie ist nahe der türkischen Grenze und seit zwei Jahren unter der Kontrolle der Terroristen. Bezüglich dieser Fabrik haben wir die formellen Dokumente an die UNO eingereicht. Sie wollten kommen und die

Schließung dieser Fabrik überwachen, aber sie kamen nicht hin. Dieses Chlorgas ist also unter der Kontrolle der Terroristen. Das ist das Eine. Zweitens ist dies keine Massenvernichtungswaffe. Die reguläre Bewaffnung, die wir haben, ist weitaus wirkungsvoller als Chlorgas, also brauchen wir das gar nicht.

**Frage:** Aber es gibt Untersuchungen zum letzten Monat in Idlib von HRW (Human Rights Watch), die müssen Sie gesehen haben. Drei Behälter mit Chlorgas, Geschmack und Symptome von Vergiftungen wurden festgestellt. Diese drei Behälter wurden im Gebiet gefunden, welches von bewaffneten oppositionellen Gruppen gehalten wird. Lügt Human Rights Watch?

**Präsident Assad:** Wir haben das nicht gebraucht. Es gibt keinen Grund für uns, das zu gebrauchen. Wir verfügen über reguläre Waffen und mit ihnen werden wir unsere Ziele erreichen. Das Giftgas kommt nicht von uns und es gibt keinen Beweis dafür.

**Frage:** Es gibt Zeugen, Bescheinigungen von Ärzten.

**Präsident Assad:** Nein, nein. Bisher waren wir die Partei, welche wegen jeder Behauptung bezüglich dem Einsatz von chemischen Waffen internationale Delegationen ins Land gerufen hat um zu untersuchen. Das hat sich bis heute nicht geändert. Unsere Soldaten waren vor zwei Jahren Sarin-Gas ausgesetzt. Wir riefen die UNO an, welche eine Untersuchungskommission sandte. Wie könnten sie untersuchen, während wir gleichzeitig solche Waffen benutzen? Das ist weder wahr noch ist es sinnvoll.

**Frage:** Sind Sie bereit, in Idlib nochmal untersuchen zu lassen?

**Präsident Assad:** Das haben wir schon getan. Wir lassen solche Vorkommnisse immer untersuchen, damit haben wir keine Probleme.

**Frage:** Im Moment führt eine internationale Koalition unter Führung der USA Luftschläge gegen den ISIS. Ist dies ein Problem oder ist dies eine Hilfe für Sie?

**Präsident Assad:** Es ist weder das Eine noch das Andere. Natürlich ist es für uns kein Problem, wenn Terroristen angegriffen werden, gleichzeitig hilft uns dies aber nichts, wenn es nicht ernsthaft ist.

**Frage:** Was meinen sie mit nicht ernsthaft?

**Präsident Assad:** Wenn Sie die Anzahl der Luftschläge, ausgeführt von 60 Ländern mit dem vergleichen, was wir als kleines Land tun, dann leisten wir an einem einzigen Tag das Zehnfache. Ist es ihnen also ernst? Sie brauchten vier Monate um die Stadt, welche in den westlichen Medien Kobane genannt wird, zu befreien. Dies, obwohl sie von syrischen Streitkräften unterstützt wurden. Man kann also nicht von großer Ernsthaftigkeit reden. Ein anderer Beleg ist, dass sich der ISIS in Syrien, im Irak, in Libyen in der Region im allgemeinen weiter auszudehnen vermag. Wie kann man so



etwas wirkungsvoll nennen? Sie bekämpfen den Terrorismus nicht ernsthaft, deshalb sind sie für niemanden in der Region eine Hilfe.

**Frage:** Es gab tausende von Luftschlägen der Koalition, aber Frankreich bombardiert nur im Irak. Möchten sie, dass sich Frankreich der Koalition in Syrien anschließt?

**Präsident Assad:** Wie ich bereits sagte, es ist ihnen mit der Bekämpfung des Terrorismus nicht ernst. Eine Koalition gegen den Terrorismus kann nicht mit Ländern gebildet werden, die gleichzeitig den Terrorismus unterstützen. Also kümmern wir uns nicht darum, ob sie im Irak, in Syrien oder in beiden Ländern bombardieren, solange sie gleichzeitig den Terrorismus unterstützen. Dieselben Terroristen, die angeblich von ihnen bekämpft werden, erhalten unter dem Titel „moderate Opposition“ Waffen von ihnen. Zu wem gehen diese Waffen genau? Natürlich zu den Terroristen. Das ist eine Ungereimtheit und kann nicht funktionieren.

**Frage:** Sie haben denselben Feind wie Frankreich: ISIS. Es gab im Januar Angriffe gegen Frankreich. Hat momentan der syrische Geheimdienst Kontakte zum französischen Geheimdienst?

**Präsident Assad:** Es gibt Kontakte aber keine Zusammenarbeit.

**Frage:** Was meinen sie mit Kontakten?

**Präsident Assad:** Wir treffen uns mit ihnen, aber es gibt keine Zusammenarbeit.

**Frage:** Kein Informationsaustausch?

**Präsident Assad:** Nein, nichts.

**Frage:** Warum dann diese Treffen?

**Präsident Assad:** Sie kamen nach Syrien, nicht wir gingen nach Frankreich. Vielleicht kamen sie wegen einem Informationsaustausch. Wenn sie jedoch an einer Zusammenarbeit interessiert sind, dann ist das keine Einbahnstraße, das bedeutet, sie helfen uns und wir helfen ihnen. Die Realität ist jedoch von der Politik, in diesem Fall von der französischen Politik geprägt. Wir sollen also mit ihnen zusammenarbeiten und ihnen Informationen geben, während sie die Terroristen unterstützen und unser Volk töten. Das geht so nicht.

**Frage:** Hat Frankreich um den Kontakt mit Ihrem Geheimdienst nachgesucht?

**Präsident Assad:** Ja, es gab diese Kontakte.

**Frage:** Und die Initiative kam von Frankreich?

**Präsident Assad:** Ja. Wir benötigen keine Informationen von Frankreich. Alles was wir über die Terroristen wissen müssen, das wissen wir.

**Frage:** Es gibt Hunderte Franzosen, welche mit dem ISIS in Syrien kämpfen. Haben Sie welche verhaftet? Gibt es französische ISIS Mitglieder in syrischen Gefängnissen?

**Präsident Assad:** Nein in den Gefängnissen gibt es keine. Wir haben lediglich Informationen. Die Mehrheit dieser Dschihadisten kommt in unser Land um zu kämpfen, zu sterben und so in den Himmel zu kommen. Das ist deren Ideologie. Ins Gefängnis zu gehen ist nicht vorgesehen.

**Frage:** Also gibt es keinen von ihnen im Gefängnis?

**Präsident Assad:** Nein, wir haben keinen von denen im Gefängnis.

**Frage:** Heutzutage gibt es in Frankreich einige Politiker, welche meinen, die Zeit sei gekommen, mit Ihnen in einen Dialog zu treten. Welche Initiative wäre geeignet, die anderen davon zu überzeugen, dass Sie wirklich ein Partner für einen Dialog sind?

**Präsident Assad:** Mit ihnen?

**Frage:** Mit Frankreich.

**Präsident Assad:** Zuerst müssen sie mich überzeugen, dass sie die Terroristen nicht unterstützen und das Sie nicht in das Blutvergießen gegen das syrische Volk verwickelt sind. Syrien betreffend haben sie einen großen Fehler gemacht. Wir haben weder Franzosen noch andere Europäer getötet. Wir haben die Terroristen in euren Ländern nicht unterstützt. Wir haben mit Charlie Hebdo nichts zu tun. Ihr habt die Terroristen unterstützt, also sollte ihr Land, der Westen allgemein, uns überzeugen, dass ihr aufhört den Terror zu unterstützen. Wir sind jedoch zu jedem Dialog bereit - unter der Bedingung allerdings, dass dies im Interesse des syrischen Volkes geschehen muss.

**Frage:** Im Moment sind sie also an einem Dialog mit Frankreich interessiert.

**Präsident Assad:** Nein, wir sind immer am Dialog mit allen interessiert, dies muss allerdings auf Politik basieren. Wie können wir mit einem Regime in Dialog treten, welches den Terrorismus in unserem Land unterstützt und wozu soll das gut sein? Das ist die Frage. Wenn sie ihre Politik ändern, dann sind wir zum Dialog bereit. Ohne diese Änderung hat ein Dialog keinen Zweck und kein Ziel. In der Politik spricht man nicht um des Gespräches Willen, man spricht um Resultate zu erreichen. Das Resultat für mich ist klar: Ihre Regierungen müssen damit aufhören den Terrorismus in meinem Land zu unterstützen.

**Frage:** Also haben sie keine Botschaft an Francois Holland zum Ziel eines Dialogs?

**Präsident Assad:** Ich meine, die wichtige Botschaft bekommt er vom französischen Volk und den Umfrageergebnissen in Frankreich. Darauf sollte Hollande hören. Diese

besagen nämlich, dass er der unpopulärste Präsident Frankreichs seit den 50iger Jahren ist. Er sollte sich um sein eigenes Volk kümmern. Ich sage das als jemand, der mit seinem Volk leidet, mit dem syrischen Volk, welches vom Terrorismus heimgesucht wird. Die wichtigste Botschaft ist meiner Meinung nach, dass Sie im Moment in Frankreich nur die Spitze des Eisberges sehen. Wenn wir von Terrorismus sprechen, dann liegt der Berg unter der Wasseroberfläche. Geben Sie acht, dass dieser Berg Ihrer Gesellschaft nichts zufügt.

**Frage:** Als John Kerry, der Außenminister der USA, sagte, vielleicht käme es zu einem Dialog mit Präsident Assad, wenn dieser zu einer anderen Position finden würde, sagten Sie, das seien Worte, aber Sie hätten gern Fakten. Sie seien bereit zum Dialog, also sind Sie bereit zum Dialog?

**Präsident Assad:** Natürlich sind wir bereit. Ich sagte, wir seien zum Dialog mit allen Ländern dieser Welt, inklusive der Großmächte, inklusive Frankreich bereit. Ich sagte aber auch, Dialog müsse auf einer bestimmten Politik basieren. Die Speerspitze gegen Syrien, welche den Terrorismus unterstützte, war zuerst Frankreich, gefolgt von Großbritannien, diesmal waren es nicht die USA. Obama erkannte, dass die moderate Opposition eine Illusion ist, er nannte sie eine Fantasie.

**Frage:** Er sagte, es sei eine Fantasie zu denken, die USA könnten die Opposition bewaffnen und sie würden trotzdem den Krieg nicht gewinnen, er sagte nicht, es gäbe keine moderate Opposition.

**Präsident Assad:** Genau. Was bedeutet das, wenn er sagt „wir können sie bewaffnen und und sie können den Krieg trotzdem nicht gewinnen“? Was bedeutet das? Was bedeutet das Wort Fantasie? Sie sagten, sie würden die moderate Opposition bewaffnen. Können sie mir sagen, wo diese moderate Opposition ist? Wir sehen sie nirgends. Wir leben in Syrien, Sie leben in Frankreich. Ich lebe hier, ich finde sie nicht, wir finden sie nicht.

**Frage:** Sie sagen, es seien ausländische Kämpfer, zu viele ausländische Kämpfer im syrischen Konflikt involviert. Aber wären sie ohne die iranische Unterstützung und ohne die Unterstützung der Hisbullah überhaupt noch in der Lage, den Kampf gegen den Terrorismus zu führen? Ich meine, sie beklagen, dass sich fremde Länder in den Konflikt einmischen, gleichzeitig lassen sich aber von Iran und von der Hisbullah unterstützen.

**Präsident Assad:** Es ist ein großer Unterschied zwischen einer Intervention und einer Einladung. Jedes Land, jede Regierung hat das Recht, ein anderes Land oder eine andere Organisation zur Unterstützung oder zur Hilfe in jedem Bereich einzuladen. Demgegenüber hat kein Land das Recht ohne diese Einladung zu intervenieren. Wir

haben die Hisbullah eingeladen. Wir haben den Iran nicht eingeladen, sie sind auch nicht hier, sie haben keine Truppen gesandt.

**Frage:** Es gibt keine Iraner, die in Syrien kämpfen?

**Präsident Assad:** Nein, nein, sie kämpfen nicht. Wir haben reguläre Beziehungen mit Iran, seit über dreißig Jahren. Wir haben Offiziere, welche sich gegenseitig besuchen, dies basiert auf einer Kooperation, welche schon lange existiert. Das sind keine kämpfenden Truppen. Wir als Regierung haben das Recht, diese Art von Beziehungen zu pflegen. Frankreich und andere Länder haben hingegen keinerlei Recht, irgendjemanden in unserem Land ohne unsere Erlaubnis zu unterstützen. Dies ist im Völkerrecht verankert. Dies ist Teil unserer Souveränität, diese ist ein Teil jener Werte, von denen Sie so stolz seit Jahrzehnten oder vielleicht seit Jahrhunderten sprechen. Ein anderer dieser Werte ist Demokratie – ist es demokratisch, Waffen an Terroristen zu liefern? Ist es demokratisch den Terrorismus zu unterstützen? Habe ich demnach das Recht, die Terroristen von Charlie Hebdo oder ähnliche zu unterstützen?

**Frage:** Wissen Sie, was der französische Premierminister kürzlich über Sie sagte? Er nannte sie einen Schlächter, was antworten sie ihm?

**Präsident Assad:** Lassen sie mich frei heraus antworten. Die Stellungnahmen des offiziellen Frankreich nimmt niemand mehr ernst, aus einem einfachen Grund: Frankreich ist in der Außenpolitik gegenüber der arabischen Region zu einen Satelliten der USA verkommen. Frankreich ist nicht unabhängig, es hat weder Gewicht noch Glaubwürdigkeit. Dann kommt dazu, dass man sich als gewählter Politiker um die Befindlichkeit seines Volkes zu kümmern hat. Ich wurde vom syrischen Volk gewählt, nicht von den Franzosen. Ich bin hier in diesem Amt für das syrische Volk, darum habe ich mich zu kümmern.

**Frage:** Denken sie, dass Sie eines Tages diesen Krieg gewinnen werden und alles so werden wird wie es einmal war, wird sich in Syrien dann nichts verändern?

**Präsident Assad:** Nein, nichts wird sein wie vorher, denn wenn sich nichts verändert, bedeutet dies, dass die Entwicklung stehen bleibt und für uns würde es bedeuten, dass wir aus dem Konflikt nichts gelernt haben. Dieser Konflikt gibt uns viele Lektionen, von denen wir lernen müssen. Die Dinge dürfen nicht so werden wie zuvor, sondern besser, das ist ein großer Unterschied.

**Frage:** Und Bashar al Assad wird dann Syrien noch immer regieren?

**Präsident Assad:** Darum kümmere ich mich nicht. Ich kümmere mich darum, was das syrische Volk will. Wenn sie mich wollen, werde ich bleiben. Wenn sie mich nicht wollen, werde ich gehen. Ich meine, wie kann ich bleiben, ohne die Unterstützung des Volkes? Kann ich das? Nein, das kann ich nicht.

**Frage:** Wie können Sie wissen, dass Sie die Unterstützung ihres Volkes haben?

**Präsident Assad:** Wenn das Volk mich nicht unterstützen würde, würde es auch die Armee nicht unterstützen. Wie hätten wir uns so vier Jahre lang halten können? Das geht nicht ohne die Unterstützung des Volkes.

**Frage:** Vielleicht sind sie eingeschüchtert.

**Präsident Assad:** Es sind 23 Millionen. Wie kann ein Mann, eine Regierung, ein Geheimdienst 23 Millionen einschüchtern? Das ist nicht realistisch, das ist nicht rational.

**Frage:** Denken Sie, dass Syrien jetzt demokratisch ist und die Menschen wirklich sagen können, was sie denken?

**Präsident Assad:** Nein, wir sind auf dem Weg zur Demokratie, das ist ein Prozess, ein langer Weg. Das ist kein Ort, zu dem man hin spazieren kann. Wenn Sie uns mit dem Westen, mit Frankreich vergleichen wollen, dann sind Sie uns weit voraus, wegen der Geschichte, und wegen vielen anderen Umständen. Wenn Sie uns aber mit Ihrem engsten Verbündeten Saudi Arabien vergleichen, dann sind wir natürlich eine hoch entwickelte Demokratie. Es hängt also davon ab, womit Sie uns vergleichen.

**Frage:** Wenn Sie davon überzeugt wären, dass Ihr Rücktritt Frieden für Syrien bringen würde, würden sie gehen?

**Präsident Assad:** Ohne zu zögern. Wenn dies der Fall wäre würde ich nicht zögern, natürlich würde ich gehen. Wenn ich der Grund für den Konflikt in meinem Land wäre, dann würde ich gehen, das ist selbstverständlich.

**Frage:** Ich möchte ihnen noch ein Bild zeigen. Das ist Gilles Jacquier. Er war Journalist unseres Senders France 2. Vor drei Jahren wurde er hier in Syrien ermordet. Sie haben damals eine Untersuchung versprochen. Was können Sie uns heute dazu sagen?

**Präsident Assad:** Es gab Vorwürfe, wir hätten ihn getötet. Er lebte in einer Wohngegend, welche unter Kontrolle der Regierung stand. Er wurde durch einen Granatsplitter, nicht durch eine Kugel getötet. Es ist selbstverständlich, dass die Regierungstruppen nicht eine Gegend bombardieren, in welcher sie die Oberhand haben. Es ist also klar – und einige französische Medien haben damals auch darüber berichtet – dass er von einem Granatsplitter getroffen wurde, die Granate wurde von

den Leuten abgefeuert, die Sie Opposition nennen, tatsächlich sind es jedoch Terroristen. Er wurde also erwiesenermaßen von ihnen getötet. Was genau über die Untersuchung möchten sie wissen?

**Frage:** Gab es überhaupt eine Untersuchung? Haben sie Resultate, welche Beweiskraft vor einem französischen Gericht haben?

**Präsident Assad:** Nein, wir müssen nichts beweisen. Wir haben unsere Gesetze und gemäß denen wurde verfahren. Wann immer in Syrien ein Verbrechen geschieht, urteilen wir nach diesen Gesetzen, so wie es in jedem anderen Land auch geschieht. Wir haben in Syrien ein Justizsystem und die Gerichte. Wenn Sie mehr Details zu diesem Fall erfahren möchten, müssen Sie sich nach unserem Interview an die zuständigen Gerichte wenden.

**Frage:** Und Sie wären damit einverstanden, diese Informationen an die französische Justiz weiter zu geben?

**Präsident Assad:** Natürlich, damit haben wir keine Probleme.

**Frage:** Falls die französische Justiz eigene Untersuchungen anstellen möchte, mit eigenen Polizisten und Justizbeamten, wären Sie damit einverstanden?

**Präsident Assad:** Dies hängt von den Verträgen zwischen Frankreich und Syrien ab. Falls es zwischen Frankreich und Syrien ein Rechtshilfeabkommen gibt, sehe ich keine Probleme. Aber dies ist eine rechtliche, keine politische Frage.

**Frage:** Ich danke ihnen, Herr Präsident.

**Präsident Assad:** Danke, das Sie gekommen sind.

Quelle: <http://www.sana.sy/en/>

## Lenin über die Vereinigten Staaten von Europa

### ***Karsten Schönsee: Vorbemerkung***

Vor ziemlich genau 100 Jahren hat W.I. Lenin – am 23. August 1915 – seine Sichtweise „**Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa**“ im „Sozial-Demokrat“ veröffentlicht. Sie ist im Band 21 der Lenin-Werke (LW 21, S. 342-347) abgedruckt und stellt fest: „*Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des **Imperialismus**, d.h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die „fortgeschrittenen“ und „zivilisierten“ Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa **entweder unmöglich oder reaktionär.***“ (LW 21, S. 343).

Diese Analyse trifft auch auf die Europäische Union (EU), die Eurogruppe und die anderen Institutionen des **deutschen Europas** zu. Insbesondere die Errichtung des deutschen Protektorats gegen das griechische Volk und Griechenland zeigt, dass die Entwicklung in diese Richtung geht. Ähnlich argumentiert der Artikel „**Eine deutsche Tragödie**“ des argentinischen Autors Atilio Borón in der kubanischen Tageszeitung Granma vom 12.08.2015 (Link: Eine deutsche Tragödie ). Hier nun der originale Text Lenins von vor 100 Jahren, aber (leider) immer noch brandaktuell:

## **W.I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa**

In Nr. 40 des „Sozial-Demokrat“ teilten wir mit, daß die Konferenz der Auslandssektionen unserer Partei beschlossen hat, die Frage der Losung „Vereinigte Staaten von Europa“ bis zur Erörterung ihrer *ökonomischen* Seite in der Presse zu vertagen.

Die Diskussion über diese Frage hatte auf unserer Konferenz einseitig politischen Charakter angenommen. Das war zum Teil vielleicht dadurch hervorgerufen, daß diese Losung im Manifest des Zentralkomitees direkt als politische Losung formuliert ist („die nächste *politische* Losung . . .” – heißt es dort), wobei nicht nur von republikanischen Vereinigten Staaten von Europa gesprochen, sondern noch speziell betont wird, daß diese Losung sinnlos und verlogen ist, „wenn die deutsche, die österreichische und die russische Monarchie nicht auf revolutionärem Wege beseitigt werden”.

Gegen eine solche Fragestellung im *Rahmen* der politischen Beurteilung dieser Losung zu polemisieren — z. B. von dem Standpunkt aus, daß sie die Losung der sozialistischen Revolution verdunkle oder abschwäche u. dgl. m., wäre vollkommen falsch. Politische Umgestaltungen in wahrhaft demokratischer Richtung, erst recht aber politische Revolutionen können keinesfalls und niemals, unter keinen Umständen die Losung der sozialistischen Revolution verdunkeln oder abschwächen. Im Gegenteil, sie bringen sie stets näher, verbreitern ihre Basis, ziehen neue Schichten des Kleinbürgertums und der halbproletarischen Massen in den sozialistischen Kampf hinein. Andererseits aber sind politische Revolutionen unvermeidlich im Verlauf der sozialistischen Revolution, die man nicht als einzelnen Akt betrachten darf, sondern als eine Epoche stürmischer politischer und ökonomischer Erschütterungen, des schärfsten Klassenkampfes, des Bürgerkriegs, der Revolutionen und Konterrevolutionen betrachten muß. Ist jedoch die Losung der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa im Zusammenhang mit dem revolutionären Sturz der drei reaktionärsten Monarchien Europas, an ihrer Spitze der russischen, völlig unanfechtbar als politische Losung, so bleibt doch noch die sehr wichtige Frage nach dem ökonomischen Inhalt und Sinn dieser Losung. Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Impe-

rialismus, d. h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die „fortgeschrittenen“ und „zivilisierten“ Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.

Das Kapital ist international und monopolistisch geworden. Die Welt ist aufgeteilt unter ein Häuflein von Großmächten, d.h. von Staaten, die in der großangelegten Ausplünderung und Unterdrückung der Nationen die größten Erfolge zu verzeichnen haben. Die vier Großmächte Europas: England, Frankreich, Rußland und Deutschland, mit einer Bevölkerung von 250-300 Millionen und einem Territorium von etwa 7 Millionen Quadratkilometern, verfügen über Kolonien mit einer Bevölkerung von *fast einer halben Milliarde* (494,5 Millionen) und einem Territorium von 64,6 Millionen Quadratkilometern, d. h. fast über den halben Erdball (133 Millionen Quadratkilometer ohne Polargebiet). Man nehme noch die drei asiatischen Staaten China, die Türkei und Persien hinzu, die jetzt von den einen „Befreiungs“krieg führenden Räubern, nämlich von Japan, Rußland, England und Frankreich, in Stücke gerissen werden. Diese drei asiatischen Staaten, die man als Halbkolonien bezeichnen kann (in Wirklichkeit sind sie jetzt zu neun Zehnteln Kolonien), haben eine Bevölkerung von 360 Millionen und eine Gesamtfläche von 14,5 Millionen Quadratkilometern (d. h. fast eineinhalbmals soviel wie die Gesamtfläche von ganz Europa).

Ferner haben England, Frankreich und Deutschland im Ausland mindestens 70 Milliarden Rubel Kapital untergebracht. Um die „legitimen“ Einkünfte aus dieser hübschen runden Summe – Einkünfte von über drei Milliarden Rubel jährlich – einzutreiben, sind die nationalen Millionärsausschüsse da, Regierungen genannt, die über Heere und Kriegsflotten verfügen und in den Kolonien und Halbkolonien die ganze Sippschaft des „Herrschers Kapital“ in der Eigenschaft von Vizekönigen, Konsuln, Botschaftern, Beamten aller Art, Pfaffen und sonstigen Blutegehn „unterbringen“. So ist in der Epoche der höchsten Entwicklung des Kapitalismus die Ausraubung von rund einer Milliarde Erdbewohnern durch ein Häuflein von Großmächten organisiert. Und unter dem Kapitalismus ist jede andere Organisation unmöglich. Auf Kolonien, auf „Einflußsphären“, auf Kapitalexport verzichten? Daran zu denken hieße auf das Niveau des Pfäffleins herabsteigen, das jeden Sonntag den Reichen die Erhabenheit des Christentums predigt und ihnen rät, den Armen zu geben... nun, wenn nicht ein paar Milliarden, so wenigstens ein paar hundert Rubel im Jahr.

Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Übereinkommen über die Teilung der Kolonien. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist jedoch jede andere Basis, jedes andere Prinzip der Teilung als das der Macht unmöglich. Der Milliardär kann das „Nationaleinkommen“ eines kapitalistischen Landes mit jemand anderem nur in einer bestimmten Proportion teilen: „entsprechend dem Kapital“ (überdies noch mit einem Zuschlag, damit das größte Kapital



mehr bekommt, als ihm zusteht). Kapitalismus bedeutet Privateigentum an den Produktionsmitteln und Anarchie der Produktion. Auf solcher Basis eine „gerechte“ Verteilung des Einkommens zu predigen ist Proudhonismus, ist kleinbürgerlicher, philiströser Stumpfsinn. Es kann nicht anders geteilt werden als „entsprechend der Macht“. Die Machtverhältnisse ändern sich aber mit dem Gang der ökonomischen Entwicklung. Nach 1871 erstarkte Deutschland etwa drei- bis viermal so rasch wie England und Frankreich, Japan annähernd zehnmal so rasch wie Rußland. Um die tatsächliche Macht eines kapitalistischen Staates zu prüfen, gibt es kein anderes Mittel und kann es kein anderes Mittel geben als den Krieg. Der Krieg steht in keinem Widerspruch zu den Grundlagen des Privateigentums, er stellt vielmehr eine direkte und unvermeidliche Entwicklung dieser Grundlagen dar. Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wiederherzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik. Natürlich sind *zeitweilige* Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der *europäischen* Kapitalisten . . . worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien *gegen* Japan und Amerika verteidigen könnte, die durch die jetzige Aufteilung der Kolonien im höchsten Grade benachteiligt und die im letzten halben Jahrhundert unvergleichlich rascher erstarkt sind als das rückständige, monarchistische, von Altersfäulnis befallene Europa. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet Europa im ganzen genommen ökonomischen Stillstand. Auf der heutigen ökonomischen Basis, d. h. unter kapitalistischen Verhältnissen, würden die Vereinigten Staaten von Europa die Organisation der Reaktion zur Hemmung der rascheren Entwicklung Amerikas bedeuten. Die Zeiten, in denen die Sache der Demokratie und die Sache des Sozialismus nur mit Europa verknüpft waren, sind unwiderruflich dahin.

Die Vereinigten Staaten der Welt (nicht aber Europas) sind jene staatliche Form der Vereinigung und der Freiheit der Nationen, die wir mit dem Sozialismus verknüpfen – solange nicht der vollständige Sieg des Kommunismus zum endgültigen Verschwinden eines jeden, darunter auch des demokratischen, Staates geführt haben wird. Als selbständige Losung wäre jedoch die Losung Vereinigte Staaten der Welt wohl kaum richtig, denn erstens fällt sie mit dem Sozialismus zusammen, und zweitens könnte sie die falsche Auffassung von der Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in *einem* Lande und eine falsche Auffassung von den Beziehungen eines solchen Landes zu den übrigen entstehen lassen. Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in

einem einzeln genommenen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde sich nach Enteignung der Kapitalisten und nach Organisation der sozialistischen Produktion im eigenen Lande der übrigen, der kapitalistischen Welt *entgegenstellen!* würde die unterdrückten Klassen der anderen Länder auf seine Seite ziehen, in diesen Ländern den Aufstand gegen die Kapitalisten entfachen und notfalls sogar mit Waffengewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten vorgehen. Die politische Form der Gesellschaft, in der das Proletariat siegt, indem es die Bourgeoisie stürzt, wird die demokratische Republik sein, die die Kräfte des Proletariats der betreffenden Nation oder der betreffenden Nationen im Kampfe gegen die Staaten, die noch nicht zum Sozialismus übergegangen sind, immer mehr zentralisiert. Die Abschaffung der Klassen ist unmöglich ohne die Diktatur der unterdrückten Klasse, des Proletariats. Die freie Vereinigung der Nationen im Sozialismus ist unmöglich ohne einen mehr oder minder langwierigen, hartnäckigen Kampf der sozialistischen Republiken gegen die rückständigen Staaten. Aus eben diesen Erwägungen heraus, im Ergebnis vielfacher Erörterung der Frage auf der Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR und nach dieser Konferenz, ist die Redaktion des Zentralorgans zu dem Schluß gelangt, daß die Losung der Vereinigten Staaten von Europa eine falsche Losung ist.

W.I.Lenin

## Die DKP zu Grover Furr

### **Vorbemerkung der Redaktion:**

Um die Argumentationen besser nachvollziehen zu können, drucken wir hier nicht nur die Kritik des Artikels von Klaus Stein aus der UZ vom 17.7.2015, sondern stellen dieser Kritik den kritisierten Artikel voran. Das ist aber keinesfalls ein Zeichen der Äquidistanz der offen-siv, ganz im Gegenteil: der Artikel von Stein ist ein typisches Machwerk des Revisionismus – und das macht den Abdruck interessant: man kann lernen bzw. bestätigt finden, mit welchen Mitteln der Revisionismus arbeitet, um den Sozialismus und das Führen des Klassenkampfes zu diskreditieren.

Red. offen-siv

### ***Klaus Stein: Log Chruschtschow?***

**Über: Grover Furr, Chruschtschows Lügen (UZ, 17.07.15)**

Ich habe das Buch von vorne bis hinten gelesen. Empfehlen kann ich es nicht.

Furr streitet die Massenrepressionen unter Stalin nicht ab. Chruschtschow stützte sich in seinem Bericht an den XX. Parteitag auf eine Parteikommission. Deren Zahlenangaben akzeptiert Furr. Im Quellenteil seines Buches findet sich auf Seite 317 die entsprechende Tabelle. Festgenommen wurden 1.920.635 Menschen in den Jahren 1935 bis 1940. Danach sind überwiegend in den Jahren 1937 und 1938 insgesamt 688.635 Exekutionen erfolgt. Die anderen kamen wohl in die Lager. Furr mokiert sich über die Schlussfolgerung, dass viele Parteigrößen unschuldig waren, und schreibt: „Aber die in dem Bericht aufgeführten Beweise demonstrieren nicht ihre Unschuld. Die Kommission erklärte sie einfach für unschuldig.“ (S. 52)

Offenbar ist Furr die Fragwürdigkeit seiner Schuldvermutungen nicht klar. Seit den Hexenverfolgungen und spätestens der *Cautio Criminalis* des Friedrich Spee von 1631, wo das Prinzip „In dubio pro reo“ (Im Zweifel für den Angeklagten) vertieft wurde, gilt die Unschuldsvermutung als Grundprinzip eines rechtsstaatlichen Verfahrens. Das ist nicht nur juristisch von Belang. Denn wie soll man Unschuld beweisen?

Die Vereinten Nationen haben die Unschuldsvermutung 1948 in Artikel 11 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte normiert. „Jeder Mensch, der einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, ist so lange als unschuldig anzusehen, bis seine Schuld in einem öffentlichen Verfahren, in dem alle für seine Verteidigung nötigen Voraussetzungen gewährleistet waren, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist.“

Furr verspricht unverdrossen, jeden einzelnen Fall der von Chruschtschow erwähnten gewaltsam unterdrückten Parteigrößen zu untersuchen, und entdeckt: „In keinem dieser Fälle wurde in den `Rehabilitations-Materialien`, einschließlich des Pospelow-Kommissionsberichts, ausreichend Beweismaterial angeführt, ihre Unschuld zu belegen“ (S. 55)

„...die Beweise, die uns heute vorliegen, demonstrieren die völlige Unzulänglichkeit der Schlussfolgerungen der Pospelow-Kommission, dass diese Männer unschuldig gewesen seien.“ (S. 55)

„Der Pospelow-Bericht zitiert einiges mehr aus Eiches Brief, beinhaltet jedoch keinerlei Beweise für seine Schuld oder Unschuld.“ (S.76)

Das Rehabilitationsmaterial von Rudenko vom 24. Dezember 1955 beweist nicht seine Unschuld“ (S. 76)

„Zugleich kann eine Person nicht für unschuldig erklärt werden, wenn sie eine Beschuldigung lediglich beständig zurückweist.“ (S. 76)

„Es gibt keine Beweise für Rudsutaks Unschuld...“ (S. 77)

Chruschtschow erklärte Kosarew für unschuldig „ohne ernsthafte Untersuchung der Schuld oder Schuldlosigkeit des Kosarew.“ (S. 90)

Furr glaubt, sich als Historiker über die Unschuldsvermutung hinwegsetzen zu können. „Wenn aber die strafrechtliche Verurteilung eines Angeklagten aufgehoben und gegen ihn nicht neu verhandelt wurde, muss dieser als `unschuldig´ angesehen werden. Der verstorbene Angeklagte ist folglich `unschuldig´. Rehabilitiert! Für Historiker ist dies gänzlich unakzeptabel.“ (S. 179)

„Es ist durchaus möglich, dass keine einzige schwarze Person in den amerikanischen Südstaaten jemals bis in die sechziger Jahre einen `fairen Prozess´ hatte. Das bedeutet jedoch nicht, dass jeder schwarze Angeklagte unschuldig gewesen wäre.“ (S. 180)

„Nicht ein einziger dieser Berichte weist die Unschuld des von Chruschtschow in seiner Rede Genannten nach“ (S. 180/181)

„Die Tatsache der Folterung eines Angeklagten besagt nicht, dass er unschuldig ist“ (S. 181)

„Indes ist die Tatsache, dass jemand geschlagen worden ist, kein Ausweis dafür, dass das abgegebene Geständnis wahr oder unwahr ist.“ (S. 214)

„Die Rehabilitierungsberichte beweisen nicht die Unschuld der `Rehabilitierten´.“ (S. 221)

Auf der anderen Seite ist für Grover Furr die Existenz von Verschwörungen nicht zu bezweifeln. „Nach jetziger Beweislage existierte ein weit verbreitetes rechtstrotzkistisches Netzwerk von regierungsfeindlichen Verschwörungen, in das viele leitende Parteiführer, die beiden NKWD-Chefs Jagoda und Jeschow, hochrangige Militärführer und viele andere involviert waren.“ (S 42) Diesem Netzwerk widmet der Autor ein ganzes Kapitel.

„Die Hypothese, dass Chruschtschow womöglich ein geheimes Mitglied in einer der zahlreichen `rechts-trotzkistischen Verschwörungen´ war, wird verstärkt durch die Tatsache, dass er mit Sicherheit in eine Reihe anderer Verschwörungen verwickelt war, von denen wir wissen.“ (S. 242) Und selbstverständlich waren es auch Pospelow und die anderen Mitglieder seiner Kommission. (S. 243)

Nur einer war unschuldig: Stalin. Furr zitiert Autoren, deren Darstellung verdeutliche, „dass die zentrale Leitung unter Stalin über unverantwortliche Repressionen sehr besorgt war.“ (S. 95)

Domenico Losurdo indessen bescheinigt im Vorwort dem Autor „ein präzises, akribisches, geduldiges Stück Forschungsarbeit“. Er habe zweifelsfrei erwiesen, was der Titel des von ihm veröffentlichten Buches besagt: „Chruschtschow hat gelogen.“

Si tacuisses...<sup>3</sup>

Klaus Stein, UZ vom 17.07.2015

### ***Michael Krenz: Wenn du geschwiegen hättest...***

Dies ist der Anfang eines berühmten Zitates des spätantiken Philosophen Boethius und gleichzeitig das letzte Wort von Klaus Stein in seinem Artikel „Log Chruschtschow?“ (UZ vom 17.7.2015). Stein gibt vor eine Buchrezension zu Grover Furrs „Chruschtschows Lügen“ schreiben zu wollen. Tatsächlich will er es dämonisieren. Auch ich habe das Buch gelesen und selbstverständlich den Artikel von Stein. Nach der Durchsicht von Beidem entsteht der Eindruck, dass Stein dieses Buch nicht, wie er schreibt, „von vorne bis hinten gelesen“ hat, sondern vielmehr selektiv nach Stellen gesucht hat, die seinen voreingenommenen Standpunkt untermauern und es entsteht beim Lesen von Steins Artikel der Eindruck, dass das Ergebnis feststand, bevor Stein Furrs Buch im Briefkasten hatte. Er zitiert zusammenhanglos, skizziert falsche bzw. tendenziöse Darstellungen, zieht Schlüsse, die den Aussagen des Buches nicht entsprechen, und anstatt harte Fakten für seinen Standpunkt zu bringen, predigt er von Unschuldsumutung und Menschenrechten.

Gleich zu Beginn seines Artikels finden wir Steins ersten rhetorischen Winkelzug. Stein schreibt: „Furr streitet die Massenrepressionen unter Stalin nicht ab. Chruschtschow stützte sich in seinem Bericht an den XX. Parteitag auf eine Parteikommission. Deren Zahlenangaben akzeptiert Furr (S. 52). Im Quellenteil seines Buches findet sich auf Seite 317 die entsprechende Tabelle. Festgenommen wurden 1 920 635 Menschen in den Jahren 1935 bis 1940. Danach sind überwiegend in den Jahren 1937 und 1938 insgesamt 688 503 Exekutionen erfolgt“.

Zunächst ist festzustellen, dass die Aussage, dass Furr die Zahlen der Pospelow-Kommission „akzeptiert“, eine Interpretation Steins ist. Betrachtet man Furrs weitere Ausführungen hinsichtlich dieses Berichtes, so sind Furrs Zweifel an der Zuverlässigkeit der Kommissionsaussagen offensichtlich. Zu Steins Überraschung streitet Furr „Massenrepressionen unter Stalin“ nicht ab. Ganz im Gegenteil. Furr legt ausführlich dar, wer für die Massenrepressionen verantwortlich war, wen sie getroffen haben und wer sie aufgedeckt hat. Nach Furr (S.53) war Nikolai Jeschow, Chef des NKWD zwischen 1936 und 1938, „verantwortlich für die Fabrikation von Fällen gegen viele sowjetische Bürger. [...] Jeschow hatte diese Machenschaften gestanden, er wurde dafür verurteilt und hingerichtet [...]. Viele, wenn nicht alle Untersuchungen, die den

---

<sup>3</sup> Wenn Du geschwiegen hättest...

fabrizierten Geständnissen und den Folterungen von Festgenommenen auf den Grund gingen, waren unter Berias Leistung des NKWD offengelegt worden, nachdem er Jeschow Ende 1938 ersetzt hatte“. Jeschows eigenes Geständnis und in 2006 veröffentlichte Vernehmungsprotokolle (Furr, 73) bestätigen, dass Jeschow sowohl ein deutscher Spion war, als auch Teilnehmer an mindestens einer antisowjetischen Verschwörung. Über die Folgen von Jeschows Wirken gibt z.B. Wikipedia Auskunft. Dort heißt es, dass durch Jeschows Willkür „in einigen Rajons keine Parteimitglieder mehr übrig [waren und], der Parteieinfluss verschwunden [war]. Auch die Rote Armee war durch die zu exzessiven Säuberungen stark geschwächt; es mangelte an fähigen Offizieren auf oberer und vor allem mittlerer Ebene“. Dementsprechend ist auch der Quellenvermerk, auf den sich Stein bezieht, zu interpretieren. Die Tabelle weist für die Jahre 1935 bis 1940 Festnahmen und Exekutionen durch den NKWD aus. Die Zahlen stützen die Vermutung, dass Jeschow bewusst die Sowjetunion destabilisieren wollte. Da der Vorgänger von Jeschow an der Spitze des NKWD erst Ende September 1936 abgesetzt wurde, ist es vertretbar Jeschows Verantwortung auf die Jahre 1937/38 zu beschränken. In diesen beiden Jahren wurden knapp 81% der Verhaftungen und 99% der Exekutionen zwischen 1935 und 1940 ausgeführt. Und dies in einem Land mit chronischem Arbeitskraftmangel! Es waren also nicht die Sowjetregierung und Stalin, die für die Massenrepressionen gegen Sowjetbürger und -bürgerinnen verantwortlich waren, sondern die Feinde, der Sowjetunion. Feinde, die später, sofern man ihnen ihre Schuld nachweisen konnte, verurteilt wurden.

Es folgt ein Exkurs in Rechtsgeschichte seitens Steins. Er schreibt, dass Furr „ sich über die Schlussfolgerung, dass viele Parteigrößen unschuldig waren“ mokiert und dass „seit den Hexenverfolgungen und spätestens der *Cautio Criminalis* des Friedrich Spee von 1631, wo das Prinzip 'In dubio pro reo' (Im Zweifel für den Angeklagten) vertieft wurde, [...] die Unschuldsvermutung als Grundprinzip eines rechtsstaatlichen Verfahrens“ gilt. Steins Problem ist nur, dass Furr diesem Prinzip gar nicht widerspricht. Um doch etwas gegen Furr einwenden zu können, muss er seinen Leserinnen und Leser den Eindruck vermitteln, dass Furr die Verurteilung Unschuldiger gutheißt. Dieser Eindruck soll dadurch entstehen, dass Stein seine diesbezügliche Zitatesammlung selektiv gewählt und entstellend verkürzt hat.

Gleich dreimal bezieht sich Stein auf dem Fall Jan Ernestowitsch Rudsutak. Anders als die Zitatschnipsel in Steins Artikel behauptet Furr eben nicht, dass Rudsutak schuldig war, sondern nur, dass es Zweifel an dessen Unschuld gibt. Hierzu schreibt Furr (der Teil, den Stein zitiert, ist hervorgehoben):

„Natürlich ist es problematisch, jemanden für ein schweres Verbrechen nur auf Grundlage eines Geständnisses zu verurteilen. **Zugleich kann eine Person nicht für unschuldig erklärt werden, wenn sie eine Beschuldigung lediglich beständig zu-**

**rückweist.** Vielseitige, unabhängige Anschuldigungen von unterschiedlichen Mitangeklagten, vernommen von verschiedenen Ermittlern, sind jedoch ein starker Beweis – in jedem juristischen System“ (Furr, 76).

Es ist jedoch zu beachten, dass Chruschtschow und seine Helfer Zugang zu allen Dokumenten des Falles Rudsutak hatten, sie allerdings keine konkreten Beweise für seine Unschuld vorbringen konnten. Dies und der Umstand, dass bis heute die entsprechenden Prozessakten nicht veröffentlicht wurden, lässt Zweifel an der Richtigkeit von Rudsutaks Rehabilitierung als berechtigt erscheinen.

Im nächsten Abschnitt seines Artikels belehrt Stein seine Leserinnen und Leser über die Arbeit von HistorikerInnen. Denn "Furr glaubt, sich als Historiker über die Unschuldsvermutung hinwegsetzen zu können“ und Stein glaubt dies mit folgendem Zitat Furr's belegen zu können:

„Wenn aber die strafrechtliche Verurteilung eines Angeklagten aufgehoben und gegen ihn nicht neu verhandelt wurde, muss dieser als 'unschuldig' angesehen werden. Der verstorbene Angeklagte ist folglich 'unschuldig'. Rehabilitiert! Für Historiker ist dies gänzlich unakzeptabel.“

An dieser Stelle wird deutlich, dass Stein seine LeserInnen hinters Licht führen möchte. HistorikerInnen rekonstruieren Geschichte aufgrund von Quellen und Theorien. Die reine Verkündung einer Kommission, irgendeiner Autorität oder eines Gerichtes sind nicht Maßstab für die Bewertung geschichtlicher Prozesse durch Historikerinnen und Historiker, da Kommissionen, Autoritäten und Gerichte selbst Teil des historischen Prozesses sind. HistorikerInnen können Beweise verwenden, die in einem juristischen Verfahren niemals verwendet werden würden. So wäre es zum Beispiel in vielen Ländern nicht möglich in einem Gerichtsverfahren eine Tonbandaufnahme als Beweis einzubringen, deren Erstellungskontext gegen geltendes Recht verstößt. Im Gegensatz dazu kann ein Historiker, der viele Jahre später diesen Fall noch einmal untersucht, nach kritischer Quellenprüfung eine solche Aufzeichnung durchaus verwenden. Auf diesen Umstand verweist Furr auch selbst, wenn er schreibt, dass es einen qualitativen „Unterschied zwischen dem historischen und dem juristischen Vorgang“ (Furr, 178) gibt, denn „die Geschichtswissenschaft ist keine Gerichtsverhandlung“ (Furr, 179). Nach Furr, und dies ist auch unter bürgerlichen und revisionistischen Historikern und Historikerinnen Konsens, ist es Aufgabe von HistorikerInnen „für die Sammlung und Zusammenstellung aller Beweismaterialien, die nur verfügbar sind [zu sorgen], um auf deren Grundlage zu einer Schlussfolgerung zu kommen. Das ist nicht dieselbe Sache wie die Untersuchung, ob eine Person ein 'gerechtes Verfahren' erhielt oder nicht. Ein Angeklagter kann durchaus schuldig sein und dennoch einen unfairen Prozess bekommen“ (Furr, 180).

Da Stein offensichtlich keine Gegenargumente hat, klammert er sich an vermeintlich sichere Moralgrundsätze. In seiner Not zitiert er Artikel 11 „der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“. In dieser heißt es:

„Jeder, der einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, hat das Recht, als unschuldig zu gelten, solange seine Schuld nicht in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist“.

Stein legt nicht dar, warum das sowjetische Rechtssystem dieser Erklärung widersprach (ganz davon abgesehen, dass die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“, auf die sich Stein bezieht, erst mehr als ein Jahrzehnt nach den hier behandelten Vorgängen verkündet wurde). Ganz im Gegenteil, waren doch die so genannten „Moskauer Prozesse“ ein Paradebeispiel für ein „öffentliches Verfahren“ (anders übrigens als Gerichtsverfahren in der BRD, wo diese faktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden). Chruschtschow und Stein sind sich einig, dass faire Verfahren in der Sowjetunion unter Stalin nicht möglich waren und nur Unschuldige auf den Anklagebänken saßen. Zeitzeugen sahen dies jedoch anders. So wird der britische Anwalt und ehemalige Unterhausabgeordnete Denis Noel Pritt in Bezug auf die Moskauer Prozesse mit den Worten zitiert:

„Das erste, was mir als einem britischen Juristen auffiel, war das völlig freie und ungezwungene Verhalten der Angeklagten. Sie alle sahen gesund aus; sie alle erhoben sich und sprachen, wenn sie es wünschten [...] Ich persönlich bin überzeugt davon, dass es nicht den geringsten Grund gibt, irgendeine Ungesetzlichkeit zu vermuten, was den Inhalt und die Form des Prozesses betrifft. Meiner Ansicht nach waren die gesamte Verhandlung und die Art des Umgangs mit den Angeklagten mustergültig für die ganze Welt in einem Fall, da den Angeklagten eine Verschwörung zur Ermordung führender Staatsmänner und zum Sturz der Regierung vorgeworfen wird, wessen die Angeklagten sich schuldig bekannten. Ich bin der Meinung, dass das Gericht jedes beliebigen Landes unter solchen Umständen die Todesstrafe verkündet und exekutiert hätte“

Aber hiervon liest man bei Stein nichts. Stattdessen beeilt sich Stein am Ende seines Artikels zu einem Rundumschlag, von dem natürlich auch Stalin nicht verschont bleibt, dieser sei der einzige Unschuldige. „Furr zitiert Autoren“ so Stein „deren Darstellung verdeutliche 'dass die zentrale Leitung unter Stalin über unverantwortliche Repressionen sehr besorgt war'.“ (Furr, 95). Es erscheint, als wollten die zitierten Autoren Stalin und die Seinen von Schuld reinwaschen. Doch, was Stein nicht schreibt ist, dass es sich bei diesen „Autoren“ um die beiden antikommunistischen Historiker Getty und Naumow handelt. Tatsächlich führte, wie dargestellt, das Eingreifen von Stalin, Beria und anderen dazu, dass der antisowjetische Terror gegen



unschuldige SowjetbürgerInnen und KommunistInnen endete. Aber auch Domenico Losurdo, der ein gelungenes Vorwort zu Furr's Buch geliefert hat, darf von Stein nicht unkritisiert bleiben („si tacuisses...“).

Was sollte das ganze nun? Glaubt Stein tatsächlich, dass seine Leserinnen und Leser so einfältig sind seinen Schwindel nicht beim ersten Lesen von Furr's Buch zu durchschauen? Oder glaubt Stein, dass seine Leserinnen und Leser Furr's Buch nicht lesen werden. Dann muss aber nach dem Sinn von Steins Artikel gefragt werden. Warum spricht Stein nicht von den vielen Ungereimtheiten und Lügen in Chruschtschows Geheimrede, die Furr aufgedeckt hat, und von der Widerlegung der vielen Schreckensmythen über die Sowjetunion und Stalin als Person? Und warum lässt die Redaktion der UZ zu, dass eine solche Lesertäuschung abgedruckt wird?

Zusammenfassend und abschließend können wir feststellen, dass Stein offensichtlich seine Leserinnen und Leser täuschen möchte. Er unterlässt es, sich argumentativ mit Furr's Text auseinanderzusetzen. Stattdessen reißt Stein Zitate aus ihrem Kontext und/oder verkürzt diese so, dass der textimmanente Sinnzusammenhang verloren geht. Dann nutzt Stein diese entnommenen Zitatstückchen und konstruiert Vorwürfe gegen Furr. Dabei „vergisst“ Stein die Textstellen, die seine Vorwürfe entkräften (zum Beispiel beim Unterschied von juristischem und geschichtswissenschaftlichem Vorgehen). Stein vertraut darauf, dass seine Leserinnen und Leser das Buch nicht lesen und damit seine Täuschung nicht auffällt. Wer so agiert zeigt, dass man an einer inhaltlichen Auseinandersetzung kein Interesse und für diese offenbar auch keine Argumente hat. Aber selbst, wenn Stein Argumente hätte: Wer mit solchen Taschenspielertricks arbeitet oder arbeiten muss, der disqualifiziert sich als ernsthafter Gesprächspartner.

Am Ende bleibt der Wunsch, dass möglichst viele Menschen Grover Furr's Buch lesen, denn es hat definitiv das Potenzial, der Anfang vom Ende des „schwarzen Mythos“ Stalins zu sein. Und vielleicht fürchtet Stein ja gerade dies.

Michael Krenz

## Zur Geschichte des Sozialismus

### **Bill Bland: Stalin - der Mythos und die Wirklichkeit (Übersetzung ins Deutsche von Dennis Simon)**

*Vorbemerkung des Übersetzers: Ich veröffentliche diese deutsche Übersetzung eines Vortrages des englischen Marxisten Bill Bland als Beitrag zur Stalin-Diskussion. Bland wirft eine Reihe von kritischen Fragen auf und skizziert mögliche Antworten auf diese. Dadurch stellt er das gängige, oft auch unter Marxisten verbreitete Stalinbild in Frage.*

*Die im Vortrag geäußerten Meinungen müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung des Übersetzers decken.*

*Der englische Originaltext kann von der Seite [www.marxists.org](http://www.marxists.org) abgerufen werden.*

*Es handelt sich um einen Vortrag, der ursprünglich von Bill Bland auf der Konferenz „Internationaler Kampf: Marxist-Leninist“ im Oktober 1999 in Paris gehalten werden sollte, den er aber im letzten Moment absagen musste.*

*Dennis Simon*

Heute akzeptiert fast jeder, der sich Marxist-Leninist nennt, dass die Kommunistische Partei der Sowjetunion in ihren letzten Jahren von Revisionisten dominiert wurde – das heißt, von Leuten, die behaupteten, Marxisten-Leninisten zu sein, aber in Wirklichkeit den Marxismus-Leninismus verfälscht hatten, um den Interessen einer keimhaften kapitalistischen Klasse zu dienen.

**Aber hinsichtlich einer Frage herrscht immer noch Unstimmigkeit, nämlich, ab wann begann die Dominanz der Revisionisten in der KPdSU?**

Heutzutage datieren dies die meisten Leute auf den 20. Parteitag der KPdSU, der 1956 stattfand, und auf dem Chruschtschow seine marxistisch-leninistische Maske abwarf.

Es gibt jedoch viele gute Gründe für die Annahme, dass die Mehrheit der sowjetischen Führung viele Jahre vor Stalins Tod im Jahr 1953 aus verkappten oder latenten Revisionisten bestand.

*Warum, zum Beispiel, hörte Stalin, der in den 1920er eine sehr aktive Rolle innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung spielte, nach 1926 auf, dies zu tun?*

*Warum* wurde die Veröffentlichung der Stalin-Werke, die auf 16 Bänder angesetzt war, 1949 nach dem 13. Band, vier Jahre vor seinem Tod, unterbrochen?

*Warum* wurde Stalin nicht gebeten, den Bericht des Zentralkomitees an den 19. Parteitag im Jahr 1952 vorzutragen?

*Warum* waren die letzten Schriften Stalins auf Themen wie die Sprachwissenschaft und die Kritik eines Entwurfes für ein Ökonomielehrbuch begrenzt – Themen, die man für verkappte Revisionisten als harmlos betrachten könnte, hätte Stalin sie nicht in Angriffe auf revisionistische Ideen verwandelt?

*Warum* überraschte 1949 die sowjetische Regierung die Weltöffentlichkeit, indem sie auf einmal ihre Außenpolitik umkehrte, um den amerikanischen Vorschlag für die Teilung Palästinas, die sich für die Nationen des Nahen Ostens als sehr verhängnisvoll erwiesen hat, zu unterstützen?

All dies macht Sinn, wenn – *und ich glaube nur wenn* – wir die Tatsache anerkennen, dass Stalin und seine marxistisch-leninistischen Genossen schon einige Jahre vor seinem Tod innerhalb der Führung der Sowjetunion in der Minderheit waren.

Die Tatsache, dass es eine revisionistische Mehrheit innerhalb der Führung der KPdSU gab, wurde erfolgreich durch den „*Personenkult*“, der um Stalin herum aufgebaut wurde, verdeckt.

Stalin selbst hat diesen „Kult“ bei vielen Gelegenheiten kritisiert und verhöhnt. Aber der „Kult“ bestand weiterhin.

Daraus folgt: entweder war Stalin ein unverbesserlicher Heuchler, oder er konnte diesen „Kult“ nicht aufhalten.

Der Initiator dieses „Personenkultes“ um Stalin war Karl Radek, der sich 1937 auf seinem öffentlichen Prozess schuldig bekannte, Hochverrat begangen zu haben.

Ein typisches Beispiel dieses „Kultes“ ist das folgende Zitat aus dem Jahr 1936: „Jämmerliche Pygmäen! Sie haben ihre Hände gegen den größten aller lebenden Männer, unserem weisen Führer Genosse Stalin, erhoben. Wir versichern dir, Genosse Stalin, dass wir unsere stalinistische Wachsamkeit noch mehr erhöhen werden, und unsere Reihen um das stalinistische Zentralkomitee und dem großen Stalin herum zusammenschließen werden.“

Der Verfasser dieser Wörter war ein gewisser *Nikita Chruschtschow*, der im Jahr 1956 den „Kult“ als ein Beispiel von Stalins „Eitelkeit“ und „persönlicher Macht“ verurteilte.

Auch war es Chruschtschow, der den Begriff „vozhd“ für Stalin prägte – ein Begriff, der „Anführer“ bedeutet und dem Nazi-Begriff „Führer“ entspricht.

### **Warum sollten die Revisionisten den „Personenkult“ um Stalin herum aufgebaut haben?**

Ich unterstelle, dass sie es getan haben, weil es die Tatsache verdeckte, dass nicht Stalin und die Marxisten-Leninisten, sondern sie – die verkappten Gegner des Sozialismus –, die Mehrheit innerhalb der Führung stellten.

Stalin selbst sagte 1936 dem deutschen Autor *Lion Feuchtwanger*, dass der „Personenkult“ von seinen politischen Gegnern aufgebaut wurde (ich zitiere):

„... um ihn später in Verruf zu bringen.“

Offensichtlich war Stalins „pathologischer Verdacht“ gegenüber einigen seiner Kollegen, über den sich Chruschtschow in seiner Geheimrede auf dem 20. Parteitag sehr beschwerte, *überhaupt nicht pathologisch!*

### **Hinsichtlich eines Vorwurfes sind sich Stalin und die Revisionisten einig – nämlich, dass während Stalins Zeit Justizirrtümer geschahen, in deren Folge an unschuldigen Menschen Justizmord begangen wurde.**

Natürlich behaupten die Revisionisten, dass Stalin für diese Justizirrtümer verantwortlich war.

*Aber hier gibt es eine Ungereimtheit.*

Chruschtschow selbst sagte 1956 auf seiner Geheimrede (ich zitiere): „Kompliziert wird die Frage durch den Umstand, dass all das, worüber an dieser Stelle gesprochen wurde, zu Zeiten Stalins unter seiner Führung und mit seinem Einverständnis begangen wurde, wobei Stalin überzeugt war, dass dies zur Verteidigung der Interessen der werktätigen Massen gegenüber den Umtrieben der Feinde und den Attacken des imperialistischen Lagers unerlässlich sei. All das betrachtete er von der Position der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse, der Interessen des arbeitenden Volkes, der Interessen des Sieges des Sozialismus und Kommunismus.“

Aber nur ein völlig Irrer könnte glauben, dass die Verhaftung Unschuldiger dem Sozialismus dienen könne. Und alle Beweise zeigen, dass Stalin bis zu seinem Tod geistig gesund war.

Diese Ungereimtheit löst sich aber auf, wenn man annimmt, dass die Justizmorde nicht von Stalin und den Marxisten-Leninisten, sondern von den *revisionistischen Gegnern des Sozialismus* begangen wurden.

Während seines öffentlichen Prozesses gestand der ehemalige Volkskommissar für Innere Angelegenheiten, Genrich Jagoda, die Tötung seines Amtsvorgängers, Wjatscheslaw Menschinski, arrangiert zu haben, um seine eigene Beförderung zu einem Posten, der ihm die Kontrolle über die sowjetischen Sicherheitsdienste beschaffen würde, zu sichern. Laut seinem eigenen Geständnis benutzte er dann seine Funktion, um die Terroristen, welche die Morde an den bekannten, Stalin nahe stehenden Marxisten-Leninisten – einschließlich dem Leningrader Parteisekretär, Sergei Kirow, und dem berühmten Autor Maksim Gorki – begangen hatten, zu schützen.

Und um den Eindruck zu vermeiden, die Sicherheitsdienste seien untätig, arrangierte Jagoda die Verhaftung vieler Menschen, die keine Verschwörer, sondern nur indiskret waren.

Nach der Verhaftung Jagodas gelang es den Verschwörern, ihn durch einen anderen Verschwörer, Nikolai Jeschow, zu ersetzen. Jeschow führte diesen Prozess fort und intensivierte ihn.

Aufgrund der Vermutungen Stalins und der Marxisten-Leninisten, dass die Sicherheitsdienste nicht korrekt handeln würden – dass sie die Schuldigen schützen und die Unschuldigen bestrafen würden –, begannen sie – Stalin und die Marxisten-Leninisten –, Stalins persönliches Sekretariat, dessen Leiter Alexander Poskrjobjowschew war, als ihre persönliche Detektivagentur zu benutzen.

Und es ist der persönlichen Initiative Stalins zu verdanken, dass 1938 sein Freund, der Marxist-Leninist Lawentri Beria, vom Kaukasus nach Moskau geholt wurde, um die Sicherheitsdienste zu führen.

Unter Beria wurden die Fälle der von Jagoda und Jeschow verhafteten politischen Gefangen überprüft. Wie westliche Pressekorrespondenten damals berichteten, wurden mehrere tausend Menschen, die zu Unrecht verurteilt worden waren, freigelassen und rehabilitiert.

[...]

*Es stellt sich natürlich die Frage: wenn Revisionisten ab den 1930er Jahren die Mehrheit der Führung der KPdSU stellten, warum haben sie bis 1956, bis nach Stalins Tod, keine Schritte eingeleitet, um den Sozialismus abzubauen?*

*Die kurze Antwort drauf ist: sie haben es versucht, sind aber gescheitert.*

In den frühen 1940ern veröffentlichten die Ökonomen Eugen Varga und Nikolai Wosnessenski Bücher, in denen offen revisionistische Programme propagiert wurden. Beide wurden schnell von Marxisten-Leninisten gekontert.

**Natürlich ist es wichtig, die Ausmaße der Justizirrtümer nicht zu übertreiben.**

In den 1960er Jahren wurde ursprünglich vom Nazi-Deutschland in Umlauf gesetzte antisowjetische Propaganda durch den ehemaligen britischen Geheimdienstagenten *Robert Conquest* unter dem ehrwürdigeren Mantel der Harvard Universität wieder veröffentlicht. In seinem 1969 publizierten Buch „Der große Terror“ legt Conquest die Zahl der „Opfer Stalins“ auf „zwischen 5 und 6 Millionen“ fest.

In den 1980ern jedoch behauptete Conquest, dass es in der Sowjetunion 1939 insgesamt zwischen 25 und 30 Millionen Gefangene, und 1950 12 Millionen politische Gefangene gab.

Aber als unter Gorbatschow die Archive des Zentralkomitees für Forscher zugänglich gemacht wurden, stellte sich heraus, dass es 1939 454.000 politische Gefangene gab, nicht Millionen, wie es Conquest behauptet hatte.

**Wenn die nicht-politischen Fälle hinzugezählt werden, kommen wir auf eine Gesamtsumme von 2,5 Millionen Gefangenen, also 2,4% der Erwachsenenbevölkerung.**

**Im Gegensatz dazu waren in den Vereinigten Staaten 1996 offiziellen Statistiken zufolge 5,5 Millionen Menschen inhaftiert, also 2,8% der Erwachsenenbevölkerung.**

**Also: Es gibt heute in den Vereinigten Staaten drei Millionen mehr Gefangene als es in der Sowjetunion jemals gab.**

Im Januar 1953, weniger als zwei Monate vor Stalins Tod, wurden neun Ärzte, die im Kreml gearbeitet hatten, festgenommen. Sie wurden beschuldigt, einige sowjetische Führer – einschließlich 1948 Andrei Schdanow – durch absichtliche Verordnung falscher medizinischer Behandlungen ermordet zu haben.

Die Beschuldigungen ergaben sich aus einer Untersuchung der Behauptungen einer Ärztin, Lidija Timaschuk. Den Festgenommenen wurde Mordkomplott, in Zusammenarbeit mit der amerikanisch-zionistischen Organisation „JOINT“, vorgeworfen.

Westliche Pressekorrespondenten behaupteten, dass einige der bekanntesten sowjetischen Führer im Zusammenhang mit dem Fall untersucht worden seien.

Aber bequemerweise starb Stalin, bevor der Fall zu Gericht gebracht werden konnte.

Der albanische Marxist-Leninist Enver Hoxha, ein unermüdlicher Gegner des Revisionismus, und jemand, der nicht dazu geneigt war, unbegründeten Tratsch zu betreiben, beharrt darauf, dass die sowjetischen revisionistischen Führer ihm gegenüber zugegeben – nein, sogar damit geprahlt hätten, Stalin ermordet zu haben. Und wir wissen auch, dass Stalins Sohn festgenommen und eingesperrt wurde, weil er erklärte, sein Vater sei im Rahmen einer Verschwörung ermordet worden.

Wie dem auch sei; die festgenommenen Ärzte wurden sofort freigelassen und offiziell „rehabilitiert“.

Danach wurde Lawrenti Beria – nach Stalin die größte Plage der Revisionisten – bei einem Militärputsch festgenommen, ihm heimlich der Prozess gemacht und er danach exekutiert.

Der Weg war frei für die revisionistischen Verschwörer; sie konnten ihre Masken abwerfen, die verbleibenden Marxisten-Leninisten aus den führenden Positionen der Partei ausschließen, und die ersten Schritte in Richtung Restaurierung des Kapitalismus machen.

### **Schluss**

Das ist also das Bild von Stalin, die eine objektive Untersuchung der Tatsachen ergibt.

**Es ist das Bild eines großen Marxisten-Leninisten, der sein ganzes Leben lang für die Sache des Sozialismus und der Arbeiterklasse gekämpft hat.**

Es ist das Bild eines großen Marxisten-Leninisten, der, obwohl er von revisionistischen Verrätern umgeben war, zu seinen Lebzeiten die revisionistische Mehrheit daran hindern konnte, die von ihm geliebte Arbeiterklasse zu verraten und das von ihm gehasste kapitalistische System zu restaurieren.

Wir, diejenigen, die sich in allen Ländern der Aufgabe, die internationale kommunistische Bewegung wieder aufzubauen, gewidmet haben, müssen die Verteidigung Stalins als Teil der Verteidigung des Marxismus-Leninismus betrachten.

Es kann für jemanden, der danach strebt, ein Marxist-Leninist zu sein, kein größeres Kompliment geben, als als ein Stalinist bezeichnet zu werden.

Bill Bland / Dennis Simon (Übersetzung)

## Über Gerhard Feldbauers Buch „Die Augustrevolution 1945 in Vietnam“

### **Heinz W. Hammer: Von Vietnam lernen – Eine wertvolle Lektüre**

#### **Zu Gerhard Feldbauers neuem Buch »Die Augustrevolution 1945 in Vietnam «**

Um es vorweg zu sagen: Dieses neue Buch von Gerhard Feldbauer hat es in sich. Und es bemüht sich nicht, »objektiv« oder »neutral« daherzukommen. Es bezieht Stellung und basiert dabei auf fundamentalem Faktenwissen.

Vietnam: Der Sieg des Volkes gegen die Aggressoren des US-Imperialismus am 30. April 1975 ist allgemein bekannt und in unzähligen Publikationen – darunter auch mehrere vom Autor des hier besprochenen Buches – überliefert.

Feldbauer, der seine Promotionsdissertation im Jahre 1972 zur Geschichte Vietnams an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR verfasste, analysiert die Vorgeschichte und Grundlagen dieses historischen Sieges, die 30 Jahre zuvor, vor nunmehr 70 Jahren, mit der Augustrevolution ihren Ursprung hatten.

Wer die bisherigen, umfangreichen Vietnam-Publikationen von Feldbauer, der zusammen mit seiner Frau Irene von 1967-1970 als Auslandskorrespondent der DDR-Nachrichtengeneratur ADN in Hanoi akkreditiert war und dabei mehrmals mit Ho Chi Minh zusammengetroffen ist, verfolgt hat, wird feststellen, dass im Geschichtsabriss zahlreiche bisher unveröffentlichte Quellen und Aspekte berücksichtigt wurden. Ausdrücklich berücksichtigt wurde u.a. der Einfluss, den die vietnamesische Revolution auf Cuba (S. 11ff) hatte und welche Erfahrungen für den gesamten lateinamerikanischen Kontinent der Kampf der KP Vietnams auch heute noch hat (S. 14).

Eine zentrale Rolle spielt natürlich Ho Chi Minh, der für ganze Generationen von Revolutionären nicht nur in Vietnam zur Identifikationsfigur wurde und den Feldbauer als »unbestrittenen Führer« und »vor allem Leninist, aber das von echtem Schrot und Korn« (S. 20, 26) bezeichnet, ohne ihn allerdings zu idealisieren, denn »es würde nicht der Persönlichkeit Ho's entsprechen, ihn als meinen Mann ohne Fehl und Tadel darzustellen, den Weg der Partei unter seiner Führung als stets gradlinig, ohne Abweichungen oder Probleme.« (S. 28)

Kein Abweichen oder Schwanken gab es allerdings in Bezug auf die Rolle Lenins, der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale, die für die Entwicklung



der KPV sowie die gesamte revolutionäre Entwicklung von ebenso entscheidender Bedeutung waren wie der von Beginn an prinzipielle Internationalismus der vietnamesischen Revolutionäre. Dies wird an zahlreichen Stellen des Buches mit vielen Fakten und Quellenangaben nachgewiesen. Die Geschichte Vietnams mit seinen Traditionen nationaler Unabhängigkeitskämpfe vom 6. Jahrhundert (!) bis heute (S. 31ff) als Vorgeschichte der Gründung der KPV 1930 (S. 85ff) als dessen *»gesetzmäßiges Ergebnis«* (S.93) liest sich überaus spannend. Die geschilderten blutigen Klassenschlachten strafen all jene Lügen, die heute noch oder wieder Illusionen über den Imperialismus verbreiten. Nicht nur in diesem Zusammenhang bietet der Blick in die vietnamesische Geschichte Lehren für aktuelle Entwicklungen nicht nur in diesem Teil der Welt.

Als markantes Beispiel seien der Bezug auf die Haltung von Marx und Engels zur Kolonialpolitik (S. 66) sowie insbesondere der auf den II. Weltkongress der Kommunistischen Internationale über die nationale und koloniale Frage (7. Kapitel, S. 66ff) hervorgehoben.

Mit den Darstellungen der (Vor-)Geschichte der Gründung der KPV, die als *»der entscheidende historische Wendepunkt in der Geschichte des vietnamesischen Volkes und seiner nationalen Befreiungsbewegung«* (S. 91ff) eingeordnet wird, werden überaus wichtige Erkenntnisse und Erfahrungen vermittelt, wie eine revolutionäre, eine kommunistische Partei (unabhängig von ihrer zahlenmäßigen Stärke) verfasst sein muss, um den Kampf mit dem übermächtig scheinenden Gegner aufnehmen zu können. (S. 80ff)

Die KPV organisierte die sich herausbildende Arbeiterklasse als Führerin einer revolutionären Massenbewegung im Bündnis mit vor allem den werktätigen Bauern, die 90% der Bevölkerung darstellten (S. 108) und anderen sozialen Schichten (S. 98ff). Der im September 1930 beginnende Bauernaufstand, der in eine nationale Befreiungsrevolution überging, an deren Spitze vor allem die Kommuisten standen, wurde *»von der Kolonialmacht und den einheimischen Feudalherren in einem Meer von Blut ertränkt. Ihrem Terror fielen Zehntausende Arbeiter und Bauern zum Opfer. Dutzende Dörfer wurden völlig zerstört und Tausende Häuser niedergebrannt. Im Mai/Juni 1931 musste die Mehrzahl der Rätegemeinden den Kampf einstellen.«* (S. 103ff) Dennoch waren diese Kämpfe keinesfalls umsonst: *»Die Massenkämpfe 1930/31, in denen zum ersten Mal in der vietnamesischen Geschichte revolutionäre Machtorgane des arbeitenden Volkes entstanden, waren zu diesem Zeitpunkt die größte, umfassendste und tief gehende Bewegung der Volksmassen seit der kolonialen Eroberung. Sie erschütterte das Herrschaftssystem des ausländischen Imperialismus und seiner einheimischen Feudalstützen in den Grundfesten und markierte zugleich mit dem Übergang der Führung des nationalen Befreiungskampfes*

*an die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Kampfpartei den Beginn einer qualitativ neuen Etappe der nationalen Befreiungsbewegung in Vietnam (...) Ho Chi Minh, der die Massenkämpfe von 1930/31 das Vorspiel zur Augustrevolution nannte, schätzte zur Bedeutung der vietnamesischen Rätemacht ein: "Obwohl die Franzosen die Bewegung durch blutigen Terror niederschlugen, bewiesen die Sowjets von Nghe Tinh den heldenhaften Geist und die revolutionäre Kraft der vietnamesischen Werktätigen. Obwohl die Bewegung nicht erfolgreich war, schmiedete sie die Kräfte für die siegreiche Augustrevolution."« (S. 125-127)*

Als Antwort auf den brutalen Kolonialterror entwickelte die KPV eine Militärpolitik, die immer dem politischen Kampf untergeordnet war (S. 128ff) und zugleich eine »entscheidende Grundlage bei der Ausarbeitung ihres Militärprogramms der nationalen Befreiungsrevolution und der folgenden sozialistischen Revolution« (S.139) darstellte sowie letztlich zur Gründung der Volksarmee unter ihrem legendär gewordenen Kommandeur und späteren Verteidigungsminister der DRV, Vo Nguyen Giap führte (S. 142ff).

Begünstigt durch die internationale Lage und den Vormarsch der sowjetischen Roten Armee auf allen Schlachtfeldern des Großen Vaterländischen Krieges sowie der bis dahin entwickelten Volksbefreiungsbewegung unter Führung der KPV konnte Ho Chi Minh am 2. September 1945 die Gründung der Demokratischen Republik Vietnam ausrufen. Am 6. Januar 1946 konnte das vietnamesische Volk erstmals in seiner Geschichte eine Nationalversammlung wählen, woraus die Viet Minh als überwältigende Wahlsieger hervorging, und am 2. März wurde Ho Chi Minh zum Präsidenten gewählt (S. 147). Doch die französische Kolonialmacht scherte sich wieder einmal einen Dreck um Volkes Willen und intervenierte militärisch. Die nachfolgende Entwicklung des Befreiungskrieges kulminierte in der legendären, fünfundfünfzigtagigen Schlacht von Dien Bien Phu am 13. März 1954, in deren Folge sich die französischen Kolonialisten geschlagen geben mussten. Der bereits erwähnte Kommandeur dieses ruhmreichen Kampfes, der spätere General Giap wurde später von »Le Monde« zu den Ursachen des Sieges befragt und antwortete: »Rufen Sie sich die Französische Revolution in das Gedächtnis zurück, erinnern Sie sich an Valmy und Ihre schlecht bewaffneten Soldaten gegenüber der preußischen Berufsarmee. Trotzdem siegten Ihre Soldaten. Um uns zu verstehen, denken Sie an diese historischen Stunden Ihres Volkes. Suchen Sie die Realität. Ein Volk, das für seine Unabhängigkeit kämpft, vollbringt legendäre Heldentaten.« (S. 152)

### **Wie weiter?**

Gerhard Feldbauer reiht sich nicht ein in den Chor derjenigen, die Vietnam als sozialistisches Land bereits »abgeschrieben« haben. Vielmehr verweist er einerseits auf die kaum vorstellbaren, bis heute wirkenden Kriegslasten (detailliert dokumentiert

auf den Seiten 153ff) und andererseits auf die Haltung der KPV im Jahr der europäischen Konterrevolution: *»Denn die KPV bestand auch in der schicksalsschweren Zeit, die 1989/90 mit der Niederlage des Sozialismus in Europa einsetzte, ihre Bewährungsprobe. Hoffnungen der Gegner des Sozialismus, die KPV werde den Weg osteuropäischer „kommunistischer und Arbeiterparteien“ gehen und den Pfad der Sozialdemokratie einschlagen, erwiesen sich als Trugschluss (...) Die Partei Ho Chi Minhs und seiner Nachfolger hat sich nicht „gewendet“. Während in Osteuropa die KPs zerfielen, stieg die Mitgliederzahl der vietnamesischen in dieser Zeit um rund 500.000 auf 2,5 Millionen an. Zum 40. Jahrestag des Sieges zählte sie 3,6 Millionen Mitglieder, darunter 60 Prozent Jugendliche.«* (S. 10) Ergänzend zitiert er abschließend den langjährigen Vorsitzenden der deutsch-vietnamesischen Freundschaftsgesellschaft, Prof. Günter Giesenfeld, wonach ein gewisser *»Pragmatismus als politisches Leitmotiv die ganze Geschichte der vietnamesischen Partei und des vietnamesischen Widerstandskampfes«* (S. 158f) durchziehe – und dies mit dem Ziel der Erhaltung des Sozialismus.

Die vorliegende Arbeit stützt sich auf zahlreiche, in Fußnoten detailliert belegte Quellen und verfügt über einen hilfreichen Anhang mit einer Zeittafel (S.159-162), einer Liste häufig verwendeter Abkürzungen (S.163-164), mehreren (unbedingt lesenswerten!) Dokumenten der KPV (S. 164-176), einem Quellen-, Literatur- und Dokumente-Verzeichnis (S. 177-180) sowie einer Übersicht weiterer Veröffentlichungen des Autors (S. 181-182)

Die Herausgebenden Anna C. Heinrich und Frank Flegel schreiben in ihrem Vorwort sehr zutreffend, *»dass die Beschäftigung mit dem Text zu einem reinen Lesegenuss bei gleichzeitigem hohen Erkenntnisgewinn wird«*. Diesem Eindruck sei seitens des Rezensenten nur noch hinzugefügt, das dem Buch möglichst viele Leserinnen und Leser gönnt werden.

Heinz-W. Hammer, 21.08.2015

## ***Kurt Gossweiler: Danke***

Ich möchte mich bedanken für das Buch von Gerhard Feldbauer über die Augustrevolution in Vietnam.

Alles Gute wünsche ich Euch, viele Erfolge.

Nochmals Danke und bis zum nächsten Mal!

Tschüs, Kurt Gossweiler

---

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover

Postvertriebsstück,

DPAG, H 14360

Entgelt bezahlt